

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Geschichte der neuesten Zeit**

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

**Bulle, Constantin**

**Berlin, 1888**

Die Balkanhalbinsel seit dem Berliner Kongreß.

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504**

Ziel es beigetragen habe. Der Reichskanzler antwortete darauf mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß der Kongreß sich um Europa wohl verdient gemacht habe. „Wenn wir nicht jedes Verlangen der öffentlichen Meinung befriedigen konnten,“ sagte er, „so wird die Geschichte doch unsere Absichten gerecht beurteilen: wir haben die Gewißheit Europa — soweit das möglich ist — den schwer bedrohten Frieden gesichert zu haben, und dieses Ergebnis kann keine abgünstige Parteitritik schmälern. Ich habe die feste Überzeugung, daß mit Gottes Hilfe das gute Einverständnis Europas von Dauer sein, und daß die herzlichsten persönlichen Beziehungen, die sich zwischen uns gebildet, auch die Freundschaftsbande zwischen unseren Regierungen befestigen werden.“

### Die Balkanhalbinsel seit dem Berliner Kongreß.

Diese „herzlichen Beziehungen“ hatten jedoch ihre Ausnahme, und so bedeutsam der Kongreß dadurch war, daß er Europa einen großen Krieg ersparte, so verschlechterte er doch die Gesamtlage insofern, als das Dreikaiserbündnis für aufgelöst gelten konnte. Mit bitterem Groll im Herzen schied Gortschakoff von Berlin, und die öffentliche Meinung in Rußland teilte seine Empfindungen. Vollständig befriedigt waren wohl nur die englischen Staatsmänner, die denn auch bei der Rückkehr von stürmischem Jubel begrüßt wurden. Frankreich dagegen sah ebenso widerwillig die britische Flagge auf Cypern wehen, wie Italien über die Besetzung Bosniens durch österreichische Truppen verdrossen war. Und doch gewährte diese letztere Thatsache auch der Bevölkerung der österreichisch-ungarischen Monarchie wenig Befriedigung; wenn die slawischen Stämme darüber im allgemeinen erfreut waren, so überwog bei den Deutschen und Magyaren doch die Mißbilligung, und Andrassys Stellung war dadurch nicht fester geworden. Deutschland endlich hatte zwar keine unmittelbaren Interessen auf der Balkanhalbinsel verfolgt und deshalb keinen Grund sich über das Ergebnis des Kongresses zu beklagen; der nationalen Eitelkeit konnte die ausschlaggebende Stellung schmeicheln, die der Fürst Reichskanzler eingenommen hatte; allein es war doch nicht zu verkennen, daß die Lockerung des Verhältnisses zu Rußland, die Gefährdung des politischen Einflusses Andrassys nachteilige Verschiebungen waren, die nicht etwa durch ein engeres Zusammengehen mit Großbritannien ausgeglichen wurden. Wenn die öffentliche Meinung sich über diesen Wechsel nicht mehr beunruhigte, so war das ein neuer Beweis des unbegrenzten Vertrauens, das man bis tief in die Oppositionsparteien hinein der politischen Weisheit und diplomatischen Kunst des Fürsten Bismarck entgegenbrachte.

Als den wichtigsten Punkt, dessen Erledigung Europa am dringendsten wünschen mußte, durfte man wohl den Abzug der Russen aus der Balkanhalbinsel und, da dieser einen neuen Friedensvertrag mit der Türkei voraussetzte, den Abschluß der darauf bezüglichen Verhandlungen

Die politische Lage nach dem Kongreß.

Rußland und die Türkei.

bezeichnen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Mächten waren schon Ende März 1878 wiederhergestellt; Großfürst Nikolaus hatte sogar dem Sultan einen Besuch in Konstantinopel abgestattet. Demungeachtet war die Neigung zum Widerstande bei der Pforte in demselben Maße gewachsen, wie ein Zusammenstoß Englands mit Rußland wahrscheinlicher wurde; mit allen Kräften hatte man an der Befestigung der Stellungen vor Konstantinopel gearbeitet und an Truppen dort zusammengezogen, was irgend verfügbar war; mit der Räumung der noch besetzten Festungen wie Warna, Schumla, Batum zögerte man dagegen unter allerlei Vorwänden. Von einer festen, zielbewußten Politik war aber trotzdem nicht die Rede, und die innere Unsicherheit des Sultans fand ihren Ausdruck in den häufigen Ministerwechseln. Mitte April wurde Achmed Befik durch den russenfreundlicheren Sadyk ersetzt; Ende Mai trat an dessen Stelle als Großvezir Mehemed Ruschdi Pascha, und als der Sultan am 4. Juni in den Cypem-Vertrag willigte, übernahm wieder Savfet das Auswärtige Amt und den Vorsitz im Ministerium. Nach Beendigung des Berliner Kongresses wurde selbstverständlich jeder Gedanke an nochmaligen Widerstand aufgegeben und demgemäß auch mit der Räumung der Festungen, zunächst Schumlas, begonnen; aber erst nachdem Anfang September Batum überliefert war, begannen auch die Russen, über welche seit Ende April General Tottleben den Oberbefehl führte, sich langsam von Konstantinopel zurückzuziehen und auch Armenien zu räumen. Wie kaum anders zu erwarten war, kam es dann in den geräumten Bezirken zu mancherlei Unruhen, und die Russen benutzten diese sofort als Vorwand um zum Schutze der rumelischen Christen in Adrianopel stehen zu bleiben; zugleich sollte ihnen diese Maßregel aber auch dazu dienen einen Druck auf die Pforte zu üben um die Annahme des definitiven Friedensvertrages, den sie Ende September dem Sultan vorgelegt hatten, durchzusetzen. Die Lage der Türkei war so unbehaglich wie nur möglich. In Bosnien setzten sich die Österreicher fest, in Albanien und Rumelien garte es in bedrohlichster Weise, die Griechen drangen ungestüm auf Abtretung der Provinzen, die ihnen in Berlin in Aussicht gestellt waren; England mahnte ernstlich mit den Reformen zu beginnen, zu denen die Pforte sich ihm gegenüber verpflichtet hatte, und ließ durch den Botschafter Layard ein Projekt vorlegen, das den Türken ganz unannehmbar erschien; zu alledem herrschte eine unglaubliche Finanznot in Konstantinopel und die Entwertung des Papiergeldes erbitterte die Bevölkerung.

Bedrängnis  
der Pforte.

Wohl mochte sich der Sultan nach einem Manne umsehen, der die Kraft besäße so mannigfaltiger Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Engländer verwiesen ihn auf Midhat Pascha, der auch wirklich im September die Erlaubnis zur Rückkehr erhielt; aber der Sultan traute ihm nicht und willigte nur in seine Ernennung zum Gouverneur von Syrien. Dagegen begünstigten die Franzosen einen Mann, der bisher in dem Intrigengewirr der Pforte noch keine Rolle gespielt hatte, den Tschers-

feßen S  
nach Tu  
emporge  
durch di  
dienste  
gewonne  
Khasna  
diesem  
bungen  
dem Su  
schon im  
Nachdem  
mit dem  
4. Deze  
den Mi  
Sultans  
von Pl  
wurde z  
W  
formen;  
der Riv  
der aus  
weit, al  
dessen C  
neur vo  
der alte  
andere  
unbehel  
tigen.  
mit Ru  
Karathe  
bruar  
bildeten  
gefaßt  
war ein  
300 au  
mehr un  
schlusse  
gegenüb  
schien d  
ist, zu  
und be  
1879;  
um na  
des St

teffen Khereddin Pascha. Dieser war in seiner Kindheit als Sklave nach Tunis verkauft und dort im Dienste des Beys von Stufe zu Stufe emporgestiegen, hatte sich auf verschiedenen Missionen nach Paris und durch die Regelung der wirren Schuldverhältnisse des Beys große Verdienste erworben und eine genaue Kenntnis europäischer Verhältnisse gewonnen, war endlich 1873 an Stelle seines Schwiegervaters Mustapha-Khasnadar Premierminister in Tunis geworden und im Juli 1877 aus diesem Amte wieder entfernt, weil der Bey ihm wegen seiner Bestrebungen den Türken im russischen Kriege Hilfe zu bringen grollte. Bei dem Sultan war er aber gerade deshalb um so besser angeschrieben, und schon im Sommer 1878 empfing er eine Einladung nach Konstantinopel. Nachdem er hier einige Monate als Gast des Sultans gelebt und sich mit den Verhältnissen vertraut gemacht hatte, wurde er nunmehr am 4. Dezember 1878 an Savfets Stelle zum Großvezir ernannt; unter den Ministern, die ihm zur Seite standen, waren der Vertraute des Sultans, Said-Pascha, als Justizminister und Osman, der Verteidiger von Plewna, als Kriegsminister die bedeutendsten; das auswärtige Amt wurde zum erstenmal einem Christen, Karatheodory, übertragen.

Was man von Khereddin erwartete, waren vor allem innere Reformen; aber um dieselben in Angriff nehmen zu können, mußte er sich der Rivalen, die ihn bedrohten, entledigt und die schwebenden Fragen der auswärtigen Politik gelöst haben. Das erste gelang ihm nur insofern, als er gleich nach seiner Ernennung beim Sultan durchsetzte, daß dessen Schwager Mahmud Damat Pascha durch Ernennung zum Gouverneur von Tripolis aus der Hauptstadt entfernt wurde; dagegen blieben der alte Mehemed Ruschdi, Savfet, Server, Achmed Befik und so manche andere gestürzte Größen, die nach der Wiederergreifung der Macht lechzten, unbehelligt und lauerten emsig auf eine Gelegenheit den Vezir zu beseitigen. In der auswärtigen Politik ging Khereddin ernstlich darauf aus mit Rußland ins reine zu kommen. Vor Jahreschluß beauftragte er Karatheodory und Ali Pascha mit den Unterhandlungen, und am 8. Februar 1879 kam der Friede denn endlich zustande. Die Grundlage bildeten natürlich der Vertrag von San Stefano und die Berliner Kongreßakte; das wesentlichste Zugeständnis, das die Türken erreicht hatten, war eine Herabsetzung der noch zu entrichtenden Kriegsschädigung von 300 auf 200 Millionen Rubel. Die übrigen Bestimmungen waren von mehr untergeordneter Bedeutung. Im Zusammenhange mit dem Friedensschlusse aber stand es, daß gleichzeitig Montenegro und Griechenland gegenüber die Pforte ein größeres Entgegenkommen zeigte und bereit schien die Forderungen dieser Nachbarstaaten, deren weiterhin zu gedenken ist, zu befriedigen. Die Russen traten nunmehr wirklich den Heimzug an und beendeten denselben in der vorausgesehenen Frist bis zum 3. August 1879; auch die englische Flotte verließ Mitte März das Marmara-Meer um nach Malta zurückzukehren. Eine gewisse Besserung in der Lage des Staates war damit auf alle Fälle erreicht worden.

Khereddin  
Pascha.

Der Friede mit  
Rußland.

Die Okkupation  
Bosniens.

Auch mit Oesterreich suchte Khereddin ernstlich zu einer Verständigung zu kommen. Gleich nachdem der Kongreß dem Kaiserstaate das Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina gegeben hatte, war von Andrassy der Versuch gemacht die Ausführung dieser Maßregel durch eine Konvention mit der Türkei zu regeln; als derselbe an der Forderung des Sultans die Dauer der Okkupation auf einen bestimmten Zeitraum zu beschränken gescheitert war, rückten am 29. Juli 1878 100 000 Mann unter dem Feldzeugmeister Philippowitsch in Bosnien, unter dem Feldmarschallleutnant Jowanowitsch in die Herzegowina ein, und eine Proklamation verkündete der Bevölkerung, daß der Sultan, von dem Wünsche für ihr Wohl befeelt, sie dem Schutze seines mächtigen Freundes, des Kaisers, anvertraut habe. Aber trotz der schönsten Zusicherungen, die ihnen gegeben wurden, waren die muhamedanischen Einwohner der beiden Provinzen entschlossen sich der Gjaurenherrschaft mit den Waffen zu widersetzen, und auch die griechischen Katholiken schlossen sich ihnen zum Teil an. In Serajewo und Mostar, den Hauptstädten der beiden Provinzen, wurden die türkischen Behörden gestürzt und Ausschüsse zur Leitung des Widerstandes gebildet, dessen Seele der fanatische Hadshi Loja war. Philippowitsch hatte seine von Norden heranrückenden Truppen in drei Kolonnen geteilt; die mittlere, welche er selbst kommandierte, rückte im Thale der Bosna vor, erlitt am 3. August bei Maglaj eine kleine Schlappe, schlug die Insurgenten am 7. bei Zebische zurück und vereinigte sich am 13. bei Witetsch mit der rechten Kolonne (Herzog von Württemberg), die über Banjaluka und Jaiße, wo sie ein bedeutendes Gefecht zu liefern hatte, dorthin vorgerückt war. Gemeinsam drangen sie dann unter wiederholten Gefechten gegen Serajewo vor, das am 19. August nach heißem Kampfe erstürmt wurde. Viel mühsamer war die Aufgabe der linken Kolonne unter General Szapary; im Thale der Jala in der Richtung auf Zwornik vorrückend wurde sie in den Tagen vom 6. bis 13. August zum Rückzug über Dolnje Tuzla und Gratschaniza auf Doboj gezwungen, wo sie bis Ende des Monats den zahlreichen Haufen der Insurgenten tapferen Widerstand leistete, bis nach dem Eintreffen von Verstärkungen endlich in den Gefechten vom 4. bis 6. September die Vertreibung des Feindes gelang. Auch die kleineren Abteilungen, die längs der dalmatinischen Grenze unter General Zach operierten, vermochten anfangs keine Erfolge zu erzielen, und überdies bereitete sich südlich von Serajewo und im Gebiete des Lim ein nicht minder entschiedener Widerstand vor. Auch in der Herzegowina hatte Jowanowitsch einen schweren Stand; zwar gelang es ihm schon Anfang August Mostar und Stolaz zu besetzen, aber das Detaschement in letzterem Orte geriet dann in große Gefahr und mußte unter schweren Kämpfen vom 13. bis 21. August entsezt werden. Überall stellte sich somit die Notwendigkeit heraus Verstärkungen zu verlangen, und mit Jubel wurde die kaiserliche Ordre vom 22. August begrüßt, welche die Absendung von weiteren 50 000 Mann anordnete. Nach deren Ankunft ließen bedeutende

Fortschri  
Anfang  
Klobuk  
An der  
temberg  
zehn Ta  
Laufe de  
zur Unte  
die Gren  
gaben h  
den Kam  
Fotscha  
am 2. O  
Osterrei  
Die  
sie die i  
zu dürfe  
Osterrei  
war abe  
in die  
der Pfo  
daß eine  
die Abfi  
ruhigun  
es würd  
der viel  
Deputat  
persönl  
licher W  
darin d  
komman  
Bereinig  
Dalmati  
großtroc  
sonstigen  
denzen  
sie aber  
Monard  
kroatisch  
Ungarn  
erfolgte  
setzten  
befehl  
der zugl  
nuar 18

Fortschritte nirgends lange auf sich warten. In der Herzegowina wurde Anfang September Trebinje und vor Schluß des Monats das feste Klobuk besetzt, womit die Unterwerfung dieser Provinz gesichert war. An der dalmatinischen Grenze erstürmte der Herzog Wilhelm von Württemberg am 29. September Livno, nachdem General Zach Bihatsch schon zehn Tage früher genommen hatte. Endlich drang auch Szapary im Laufe des Monats bis Zwornik vor und zwang das Land bis zur Drina zur Unterwerfung. Südlich von Serajewo begnügte man sich bis an die Grenze des Sandschaks Nowi-Bazar vorzurücken; die Insurgenten gaben hier nach einem ersten Gefechte bei Senkowitz am 21. September den Kampf auf, so daß in den ersten Oktobertagen die Linie Wischegrad-Fotscha von den Österreichern besetzt werden konnte; Hadjschi Loja war am 2. Oktober in Gefangenschaft geraten. Der ganze Feldzug hatte den Österreichern 4800 Mann gekostet, darunter reichlich 800 Tote.

Die Pforte hatte diesen Vorgängen unthätig zugesehen; jetzt glaubte sie die österreichischen Truppen vor Europa barbarischer Greuel anklagen zu dürfen und damit ihre Weigerung eine förmliche Konvention mit Österreich zu schließen begründen zu können. Die Wirkung dieses Schrittes war aber ein völliger Mißerfolg. Die Großmächte lehnten es ab sich in die Sache zu mischen; Andrassy wies Mitte Oktober die Anklagen der Pforte gegen die kaiserliche Armee gebührend zurück und erklärte, daß eine Konvention jetzt gegenstandslos sei, da Österreich zur Zeit nicht die Absicht habe auch das Sandschat Nowi-Bazar zu besetzen. Zur Beruhigung der unterworfenen Bevölkerung geschahen zweckdienliche Schritte; es wurde eine umfassende Amnestie gewährt und mit der Abschaffung der vielen sozialen Mißstände vorsichtig der Anfang gemacht. Ob den Deputationen, welche sich an Philippowitsch und bald auch an den Kaiser persönlich wandten um die Einverleibung in Österreich zu erbitten, erheblicher Wert beizumessen sei, mochte allerdings fraglich erscheinen; es kam darin der Herzenswunsch der Kroaten, deren Nationalität der Oberstkommandierende selbst angehörte, zum Vorschein; sie hofften durch die Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit ihrem Lande auch die Dalmatiens und der Militärgrenze zu erreichen und so ihren Traum eines großkroatischen Königreichs zu verwirklichen. Auf die serbischen und die sonstigen nichtkroatischen Bestandteile der Bevölkerung konnten diese Tendenzen nur einen ungünstigen Eindruck machen; noch weit mehr stießen sie aber die deutschen und die magyarischen Landesteile der österreichischen Monarchie zurück. Je unverhohlener Philippowitsch im Sinne der großkroatischen Ideen wirkte, um so entschiedener verlangten besonders die Ungarn seine Abberufung, die denn auch endlich, Mitte November 1878, erfolgte, nachdem ein Entwurf des Generals zur Organisation der besetzten Gebiete auf entschiedenen Widerspruch gestoßen war. Der Oberbefehl wurde nun dem Herzog Wilhelm von Württemberg übergeben, der zugleich die Leitung der Landesregierung übernahm, die vom 1. Januar 1879 an in drei Abteilungen, für das Innere, die Justiz und die

Haltung der Pforte.

Die österreichische Verwaltung.

Finanzen, organisiert und dem gemeinschaftlichen österreichisch-ungarischen Ministerium unterstellt wurde. Die Bevorzugung, welche bisher dem kroatischen und katholischen Teile der Bevölkerung auf Kosten des griechisch-katholischen und muhamedanischen erwiesen war, hatte damit ein Ende, während andererseits alle Maßnahmen der Regierung deutlich durchblicken ließen, daß sie die Okkupation nicht bloß als eine vorübergehende betrachte.

Osterreichisch-türkische Konvention.

Dieser Erkenntnis nun verschloß sich auch Rhereddin Pascha nicht und knüpfte deshalb die Verhandlungen wegen Abschlusses einer Konvention wieder an. Am 21. April 1879 kam dieselbe zustande. In den Einleitungsworten wurde erwähnt, daß die österreichische Besetzung die Souveränität des Sultans nicht beeinträchtige; auch wurden der türkischen Flagge gewisse Ehrenrechte bewilligt, die Verfügung über das Kriegsmaterial und anderes Mobiliar der Garnisonen dem Sultan eingeräumt, die Freiheit der Religion allen Konfessionen gewährleistet, den bisherigen Beamten im allgemeinen weitere Verwendung zugesagt u. s. f. Im ganzen und großen aber erhielt Österreich völlig freie Hand. Dagegen erklärte es von dem Sandschat Nowi-Bazar fürerst nur drei Punkte am Lim besetzen zu wollen, Priboj, Prepolje und Vielopolje, und zwar nur mit 4—5000 Mann: auch sollte der Pforte das Recht verbleiben ihrerseits reguläre Truppen in dieses Gebiet zu entsenden; für den Fall, daß ein weiteres Vorschieben der österreichischen Streitkräfte erforderlich werden sollte, behielt sich jedoch Österreich alle seine Rechte auf Grund des Berliner Vertrages vor.

Der Aufstand von 1882.

Die Besetzung der genannten drei Städte wurde im September 1880 ohne Feindseligkeiten vollzogen; die Verhältnisse schienen sich so friedlich zu gestalten, daß die bereits früher wiederholt verminderte Besatzungsarmee abermals herabgesetzt wurde. Auch wurde die verfassungsmäßige Stellung „Neu-Österreichs“, wie man sich auszudrücken pflegte, zu den beiden Hälften der Monarchie geordnet, mit dem Bau von Eisenbahnen begonnen und im März 1881 sogar schon eine Notabelnversammlung als Beirat der Regierung berufen, im November ein Wehrgesetz verkündet, das die Bevölkerung für waffenpflichtig erklärte. Allein diese letztere Maßregel brachte plötzlich wieder einen Aufstand zuwege, den man gar nicht mehr befürchtet hatte. Er nahm seinen Ausgang von der sog. Krivojschje in Süddalmatien, in der gleichzeitig auch die Dienstpflicht eingeführt werden sollte, und verbreitete sich schnell nach der Herzegowina und dem südlichen Bosnien. Sobald sich die Regierung davon überzeugt hatte, daß es sich um mehr als lokale Widerseßlichkeiten handle, beschloß sie mit größter Entschiedenheit aufzutreten, und trotz der ungünstigen Jahreszeit verfügte Zowanowitsch, dem die Oberleitung übertragen war, schon Anfang Februar 1882 über etwa 75000 Mann. Mit so bedeutenden Hilfsmitteln versehen konnte er systematisch vorgehen und bis Anfang April das Land von den aufständischen Banden säubern. Doch beschloß das Ministerium auch nach Erreichung dieses Zieles die

Truppen  
Genehm  
Ausdehn  
besser o  
gouvern  
Leitung  
von Ka  
Sprache  
sung de  
machte.  
mähhch  
Annerie  
Daß D  
Stellun  
Gegner  
U  
nicht,  
Souver  
doch m  
deshalb  
Großve  
europäi  
englisch  
britisch  
franzöf  
vertrag  
eine n  
hinzuge  
wurde,  
neuen  
für Kh  
gegen  
mächte  
Absehu  
Westm  
langten  
reddins  
ordnun  
streben  
Englan  
Stoß  
zu hal  
davon  
wortlic  
ministe

Truppenmacht nicht zu vermindern und erhielt dazu die parlamentarische Genehmigung. Die Aushebung wurde dann, wenn auch in verminderter Ausdehnung, wirklich durchgesetzt und die Verwaltung des Landes noch besser organisiert, indem ein Civiladlatus, Baron Nikolitsch, dem Militär-gouverneur, General von Dahlen, zur Seite gestellt wurde. Die oberste Leitung in Wien lag in den Händen des gemeinsamen Finanzministers von Kallay, der über eine seltene Kenntnis der Verhältnisse und der Sprachen des Landes verfügte und durch eine mehrwöchentliche Verei-sung desselben im Sommer 1882 sich mit den Zuständen noch vertrauter machte. Anscheinend lebte sich die Bevölkerung in ihre neue Lage all-mählich ein, und die Okkupation verwandelte sich unmerklich in eine Annexion, wenn auch formell kein Schritt in dieser Richtung geschah. Daß Osterreich freiwillig die von ihm gewonnene und blutig erkämpfte Stellung wiederaufgeben sollte, wurde doch selbst von den früheren Gegnern der Okkupation kaum noch gefordert, geschweige denn erwartet.

Auch in Konstantinopel täuschte man sich über diese Sachlage sicher nicht, und wenn Rhereddin in der April-Konvention von 1879 die Souveränität des Sultans ausdrücklich vorbehalten hatte, so war das doch nur die Deckung des Rückzuges gewesen. Für die Alttürken war deshalb diese Konvention ebensogut ein Vorwand zu Angriffen auf den Großvezir wie das Entgegenkommen, das er in anderen Stücken den europäischen Mächten erwies. So begünstigte er die Forderungen des englischen Botschafters Layard, der eine türkische Gendarmerie unter britischen Offizieren ins Leben zu rufen gedachte, und schloß mit einem französischen Bevollmächtigten, dem Grafen Tocqueville, einen Finanz-vertrag ab, kraft dessen die bisherigen türkischen Anleihen unifiziert und eine neue von 200 Millionen Franken gegen umfassende Bürgschaften hinzugefügt werden sollte — ein Plan, der allerdings unausführbar wurde, da Rußland das Vorrecht seiner Kriegsschädigung vor dieser neuen Anleihe geltend machte. Am verhängnisvollsten aber wurde es für Rhereddin, daß er in der später zu erzählenden ägyptischen Frage gegen seine persönlichen Wünsche doch für die Forderungen der West-mächte eintreten mußte. Es handelte sich darum, ob bei der geplanten Absetzung des Khediv Ismail dessen Sohn Tewfik Pascha, wie die Westmächte in Übereinstimmung mit der Erbfolgeordnung von 1866 ver-langten, oder dessen Oheim Halim Pascha, ein besonderer Gönner Rhe-red-dins, den auch der Sultan auf Grund der alten osmanischen Haus-ordnung begünstigte, den Thron besteigen sollte. Trotz alles Wider-strebens sah sich der Vezir am Ende genötigt der bestimmten Forderung Englands und Frankreichs nachzugeben und erlitt dadurch den schwersten Stoß in der großherrlichen Gunst. Überzeugt, daß seine Stellung nicht zu halten sei, wenn er nicht einen großen Erfolg über den Sultan selbst davon trage, richtete er an diesen das Verlangen die Ministerverant-wortlichkeit einzuführen und um dieselbe zu ermöglichen dem Premier-minister das Recht sich selbst seine Kollegen zu wählen, den letzteren

Rhereddin's  
Staatsleitung.



aber die Befugnis zur Ernennung ihrer Räte zu übertragen; für den Fall der Ablehnung dieser Anträge erbat er am 16. Juli 1879 seine Entlassung.

Khereddin's  
Sturz.

Mehrere Tage schwankte der Sultan in seinen Entschliessungen; allein das Verlangen Khereddin's und sein ganzes Auftreten in der Sache war nach türkischen Begriffen ein so unerhörtes, daß die letzte Entscheidung ungünstig ausfallen mußte. Nachdem der Sultan die Ulema's berufen und diese das Gesetz für unannehmbar erklärt hatten, erging die Verfügung des Großherrn am 28. Juli dahin, daß Khereddin seines Amtes zu entheben sei, und die kurze Reformära war zu Ende ohne eine einzige Reform ins Werk gesetzt zu haben. Das Großvezirat wurde aufgehoben, und Arifi Pascha zum Premierminister, Cavset wieder zum Minister des Äußeren ernannt. Schon Mitte Oktober mußten diese Männer jedoch einem russenfreundlichen Kabinett unter dem Vorsitz von Said Pascha Platz machen, in dem Mahmud Nedim als Präsident des Staatsrates saß.

England und  
die Pforte.

Selbst dieses Ministerium konnte sich der Notwendigkeit auf Reformen bedacht zu sein nicht entziehen: teils die unerträgliche Finanzklemme, teils das Drängen des englischen Botschafters Layard mahnten es immer von neuem daran. Der letztere hatte dabei dem cypriotischen Vertrage entsprechend vor allem die asiatische Türkei im Auge, aus der ihm durch die zahlreichen neu errichteten englischen Konsulate die traurigsten Berichte zuzingen. Auf einer Rundreise, die er im Oktober 1879 durch Kleinasien und Syrien machte, überzeugte er sich auch persönlich von der Wahrheit dieser Schilderungen und schlug darauf einen sehr entschiedenen Ton an. Gestützt auf ein englisches Geschwader, das unter Admiral Hornby in die türkischen Gewässer berufen wurde, verlangte er, daß Baker Pascha mit der Oberleitung der Reformen betraut werde, und zwar nicht bloß namens des Sultans, sondern zugleich auch namens der englischen Regierung. Einen Augenblick dachte der Sultan daran sich mit Hilfe Rußlands diesem Anspruche zu widersetzen; aber nachdem der russische Botschafter Lobanoff, der sofort nach Livadia zum Zaren reiste, von dort mit dem Räte zurückgekehrt war, die Pforte möge sich Englands Forderungen fügen, willigte Abdul Hamid in die Ernennung Bakers, wenn er auch dessen Befugnisse zunächst auf eine bloße Berichterstattung beschränkte. Während der Zeit, die darüber verstreichen mußte, sollte Mahmud Nedim selbständig Reformvorschläge ausarbeiten. Bereits am 14. Dezember 1879 legte er diese denn auch vor. Es sollten danach an Stelle der bisherigen großen Vilajets kleinere Verwaltungsbezirke treten und dort, wo die Christen in der Mehrzahl seien, ausschließlich christliche Beamte angestellt werden; die Erhebung der direkten Steuern wurde den Gemeinden übertragen und deren Verwaltungsbefugnisse auch sonst erheblich erweitert; zur Aufrechterhaltung der Ordnung war eine Gendarmerie, die nur aus Angehörigen der Provinz bestehen sollte, in Aussicht genommen; endlich sollte auch das Ministerium des Inneren

Reformpläne.

gründlich  
die Pro  
doch auf  
mission  
formen  
legte im  
die Pfor  
es die P  
vinzen b  
lich zur  
mit Mor  
päischen  
Sch  
Griechen  
eine zwe  
seits die  
und, ger  
Einverle  
albanesij  
der Geb  
garien  
tuierung  
dauernde  
fälle. N  
des Kon  
hamedan  
ihres B  
England  
Gruel  
stimmen  
Berliner  
heftigere  
Zarensta  
die Pfor  
hin sandt  
tember i  
verzichte  
völlig z  
national  
Monten  
von M  
und ben  
Spuz u  
zog sich  
gleitete

gründlich reorganisiert werden und einen fester begründeten Einfluß auf die Provinzialgouverneure erhalten. Alle diese Vorschläge blieben jedoch auf dem Papiere stehen. Sie wurden der internationalen Kommission unterbreitet, welche auf Grund des Berliner Vertrages die Reformen für die europäischen Provinzen zu überwachen hatte, und diese legte im August 1880 ein vielfach abweichendes Projekt vor, das für die Pforte besonders in finanzieller Beziehung unannehmbar war, weil es die Provinzialeinnahmen in erster Linie zur Verwendung in den Provinzen bestimmte. Auch dieses Projekt kam aber vorerst gar nicht ernstlich zur Verhandlung, weil gerade um diese Zeit die Konflikte der Pforte mit Montenegro und Griechenland die ganze Aufmerksamkeit der europäischen Mächte in Anspruch nahmen.

Schon während des Berliner Kongresses hatte sich in den zwischen Griechenland, Bulgarien, Serbien und Montenegro belegenen Gebieten eine zweifache auführerische Bewegung bemerklich gemacht, indem einerseits die muhamedanischen Pomaken im Rhodope-Gebirge sich erhoben und, gereizt durch die Gewaltthatigkeiten der Russen und Bulgaren, ihre Einverleibung in Großbulgarien zu verhindern suchten, andererseits die albanesische Bevölkerung sich zum Widerstande rüstete um jede Abtretung der Gebiete, die sie bewohnte, an Montenegro, Griechenland oder Bulgarien abzuwehren und womöglich eine selbständige nationale Konstituierung durchzusetzen. Schließlich verliefen zwar beide Bewegungen ohne dauernde Ergebnisse, aber doch nicht ohne besorgniserregende Zwischenfälle. Nach dem Rhodopegebirge begab sich gleich nach dem Schluß des Kongresses eine internationale Kommission um die Klagen der Muhamedaner zu untersuchen; allein sie vermochte sich über die Abfassung ihres Berichtes nicht zu einigen, da die Bevollmächtigten der Türkei, Englands und Frankreichs die den Russen und Bulgaren vorgeworfenen Greuel für erwiesen hielten, während die vier anderen dem nicht zustimmen wollten. Übrigens waren die Pomaken durch den Ausgang des Berliner Kongresses beruhigt, während die Albanesen dadurch zu noch heftigerem Widerstande angefeuert wurden. Sie bildeten in der alten Barenstadt Prizrend am 22. Juli 1878 eine förmliche Liga, und als die Pforte im August Mehemed Ali, der eben vom Kongreß heimkehrte, hinsandte um zu beruhigen und zu vermitteln, wurde dieser am 6. September in Diakova mit einem Teil seines Gefolges ermordet. Die Pforte verzichtete auf die Bestrafung dieses Frevels um die Albanesen nicht völlig zum Abfall zu drängen; in vielfacher Beziehung war ihr diese nationale Bewegung ja sehr erwünscht, da sie sich vorzugsweise gegen Montenegro und Griechenland richtete. Der neu ernannte Gouverneur von Albanien, Ferik Arif Pascha, legte sich deshalb aufs Unterhandeln und bewog die Aufständischen zunächst wenigstens in die Abtretung von Spuz und Podgorizza an die Montenegriner zu willigen. Immerhin zog sich auch diese bis in den Februar 1879 hinaus, und die Liga begleitete ihre Nachgiebigkeit mit den entschiedensten Protesten gegen die

Pomaken und  
Albanesen.

Montenegro.

weiteren, in Aussicht stehenden Abtretungen. Besonders wollte sie nichts von der Auslieferung der Bezirke von Plava und Gusinje an die Montenegriner hören, und obgleich die Pforte versprach sie dazu zu zwingen und Mukhtar Pascha, der damit beauftragt wurde, mit dieser Zusicherung den Fürsten von Montenegro von einer Frist zur andern vertröstete, so blieben die Albanesen doch unbehelligt und gingen am Ende im Dezember 1879 selbst zum Angriff über. Von den Montenegrinern zurückgeschlagen behaupteten sie gleichwohl ihre eigenen Stellungen, und die Pforte machte noch immer keine Anstalten ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen nachzukommen, suchte vielmehr, als Montenegro sich beschwerdeführend an die Großmächte wandte, alle Schuld an den Wirren diesem zuzuschreiben. Italienischer Vermittelung gelang es indes am 12. April 1880 eine Verständigung in dem Sinne herbeizuführen, daß der Sultan statt Plava und Gusinje einen Landstrich am Flusse Zem abzutreten und den Montenegrinern am 22. April zu übergeben versprach. Treuloserweise gestattete aber der türkische Befehlshaber schon am 21. den Albanesen diese Gegend zu besetzen, so daß die Montenegriner abermals betrogen waren. Der Fürst rief nun das Einschreiten der Großmächte an, die denn auch mit allem Nachdruck der Pforte begreiflich zu machen suchten, daß es ihre Pflicht sei die Albanesen wieder zu entfernen und die Übergabe ordnungsmäßig zu bewirken. Allein die Antwort lautete, dazu besitze der Sultan die Macht nicht, und so bereit er auch sei den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, so müsse man ihm doch dazu Zeit lassen. Noch einmal wurde nun ein neuer Ausweg vorgeschlagen: Montenegro sollte mit Dulcigno und dem Küstenstrich bis zur Bojanamündung entschädigt werden. Als auch dies in Konstantinopel verweigert wurde und die Albanesen ihrerseits sofort die fraglichen Landstriche besetzten, riß endlich sowohl dem Fürsten von Montenegro wie den Großmächten die Geduld. Jener berief seine Bevollmächtigten beim Sultan ab, diese verständigten sich darüber ein vereinigt Geschwader nach Dulcigno zu senden, das freilich nicht, wie England wollte, Gewalt anwenden, sondern auf Österreichs und Deutschlands Verlangen nur demonstrieren durfte. Nun lenkten die Türken wenigstens soweit ein, daß sie die Abtretung von Dulcigno grundsätzlich zugaben und 2000 Mann unter Riza Pascha entsandten um die Albanesen zur Räumung zu bewegen. Allein diese mißachteten eine so geringe Macht und ließen sich auch durch das Erscheinen des europäischen Geschwaders, das am 20. September 1880 vollständig vereinigt und, 20 Schiffe stark, unter den Befehl des englischen Admirals Seymour gestellt war, nicht einschüchtern. Auf den Sultan wirkte diese Demonstration sogar aufreizend, so daß er dem deutschen Botschafter Haßfeldt, der ihn zum Nachgeben zu bestimmen suchte, zur Antwort gab, er werde den Dingen ihren Lauf lassen, während Riza Pascha erklärte, daß er ohne gegenteiligen Befehl aus Konstantinopel Dulcigno gegen jedermann bis zum äußersten verteidigen werde. Den Montenegrinern war er in

Die Flotten-  
demonstration  
von Dulcigno.

der Thar  
europäiße  
lich verfe  
daß das  
Deutsch  
der Sul  
durch nie  
1880 die  
Pascha  
anderer  
ihrem W  
schritt u  
besetzte.  
wurde  
einigte  
folgende  
gebracht  
Häupter  
diese G  
April 1  
lieferte,  
Bi  
Frage.  
pfohlene  
und lief  
1878 a  
griechi  
der Reg  
einschü  
Epirus  
Kandia  
wöchent  
barte,  
wurden  
allein  
weis a  
der von  
fügige  
völlig  
pflichtu  
schafter  
nach e  
Auswä  
August  
gerieten

der That im Verein mit den Albanesen mehr als gewachsen und die europäische Flotte durfte ja nicht angreifen: die Sache war also gründlich verfahren. Unter diesen Umständen machte England den Vorschlag, daß das Geschwader nach Smyrna fahren und diese Stadt besetzen solle. Deutschland, Oesterreich und Frankreich lehnten das freilich ab, allein der Sultan begann doch zu fürchten, daß die anderen Mächte sich dadurch nicht zurückhalten lassen würden, und gestand endlich am 12. Oktober 1880 die Übergabe von Dulcigno zu. An Rizas Stelle wurde Derwisch Pascha dorthin gesandt, der nun einerseits mit den Montenegrinern, andererseits mit den Albanesen verhandelte, und da die letzteren bei ihrem Widerstande beharrten, endlich zur Umschließung von Dulcigno schritt und am 23. November die Stadt nach ziemlich heftigem Kampfe besetzte. Auf Grund der mit Montenegro getroffenen Verabredungen wurde dann am 27. November der Ort wirklich übergeben; das vereinigte Geschwader löste sich am 5. Dezember auf, und nachdem in den folgenden Wochen auch die genauere Feststellung der Grenzlinie zustande gebracht und die albanesische Liga durch die Abführung mehrerer ihrer Häupter nach Konstantinopel gelähmt war, kehrte endlich die Ruhe in diese Gegenden zurück. Der letzte Widerstand der Albanesen wurde im April 1881 durch ein Treffen, das Derwisch ihnen bei Berischirowitz lieferte, und durch die Besetzung von Prizrend gebrochen.

Lösung der montenegrinischen Frage.

Vielfach durchkreuzte sich mit der montenegrinischen die griechische Frage. Die Verhandlungen wegen der vom Berliner Kongreß empfohlenen Abtretungen zu eröffnen hatte die Pforte durchaus keine Eile und ließ sich weder dadurch, daß Komunduros sich schon im September 1878 an die Großmächte wandte, noch durch die Bereitwilligkeit der griechischen Kammer die Armee um 20 000 Mann zu verstärken und der Regierung einen Kredit von 60 Millionen Drachmen zu bewilligen einschüchtern. Währenddessen wußte sie nicht allein in Thessalien und Epirus die Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern auch auf der Insel Kandia durch umfassende Zugeständnisse, die Mukhtar Pascha in mehrwöchentlichen Konferenzen zu Chalepa mit den Aufständischen vereinbarte, wieder friedliche Zustände zu schaffen. Erst im Februar 1879 wurden in Prevesa die Verhandlungen mit Griechenland begonnen; allein Mukhtar, der auch hier die Pforte vertrat, verweigerte unter Hinweis auf die drohende Haltung der albanesischen Liga die Abtretung der vom Kongreß bezeichneten Landstriche, schlug statt dessen eine geringfügige Grenzberichtigung vor und brach Mitte März die Verhandlungen völlig ab. Nun konnten die Großmächte sich der übernommenen Verpflichtung zur Vermittelung nicht wohl entziehen und ließen ihre Botschafter in Konstantinopel zu einer Konferenz zusammentreten, an der nach einigem Zögern auch Savfet Pascha, der türkische Minister des Auswärtigen, teilnahm. Allein obschon die Besprechungen am 22. August ihren Anfang nahmen, rückten sie doch kaum von der Stelle und gerieten seit Ende November ganz ins Stocken. Nach manchen vergeb-

Griechenland.

Die Konferenz in Konstantinopel.

Die Konferenz  
in Berlin.

lichen Versuchen die Pforte nachgiebiger zu stimmen nahmen die Großmächte endlich den Vorschlag Englands an ihre Botschafter in Berlin unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe mit der Beratung der Frage zu beauftragen. Diese erklärten sich am 25. Juni 1880 für eine den Wünschen Griechenlands entsprechende Grenzlinie, die von ihren technischen Beiräten genau bis ins einzelne ausgearbeitet war und von bedeutenderen Städten Janina, Prevesa, Mezowo und Larissa den Griechen überwies. Nach einem in der Schlußsitzung vom 1. Juli gefaßten Beschlusse sollten die Pforte und Griechenland durch eine Kollektivnote eingeladen werden diesen Schiedsspruch anzunehmen. Freilich hatte der Sultan schon vorher feierlich erklären lassen, daß er auf die Räumung jener vier Punkte niemals eingehen werde, und als die Kollektivnote am 15. Juli durch den Grafen Hatzfeldt übergeben wurde, lautete die Antwort in demselben Sinne. Es lag nahe die Flottendemonstration von Dulcigno, die eben damals ins Werk gesetzt wurde, auch zur Ordnung der griechischen Frage zu benutzen und Englands Vorschlag Smyrna zu besetzen zielte im wesentlichen mit darauf ab. Griechenland wollte sich jedoch solange nicht gebulden; das Ministerium Trikupis, das seit Ende März 1880 am Ruder war, ordnete am 5. August die Mobilisierung der Armee an und berief die Kammer ein. Ehe diese zusammentrat, wurde Trikupis aber durch die Vorstellungen der Großmächte wieder schwankend, und verschob die Eröffnung nachträglich bis in den Oktober, wobei die Abwesenheit des Königs, der schon seit dem Mai in Europa herumreiste, als Vorwand diente. So entschlossen die Thronrede dann auch lautete, so hatte Trikupis durch sein Zögern doch das Vertrauen der Nation erschüttert und mußte seinen Platz an Komunduros abtreten. Dieser brachte die Armee auf 80000 Mann, ließ sich eine Anleihe von 120 Millionen Drachmen bewilligen und erklärte in der Kammer, daß Griechenland nicht warten könne, bis Europa die Berliner Beschlüsse ausführe, sondern daß es selbst sie ausführen werde. Den zuversichtlichen Worten entsprach jedoch auch bei ihm die That nicht. Die Großmächte machten sehr nachdrücklich geltend, daß Griechenland durch ihre Beschlüsse durchaus keinen Rechtsanspruch gewonnen habe und es ihnen überlassen müsse die Sache zu ordnen. Den Vorschlag Frankreichs die Entscheidung einem Schiedsrichter zu übertragen, dessen Spruch die Pforte und Griechenland im voraus anerkennen sollten, wiesen beide Teile zurück, und so nahmen die Großmächte denn nochmals zu Botschafterkonferenzen ihre Zuflucht. England regte dabei an der Türkei das Nachgeben durch eine günstigere Grenzlinie zu erleichtern und gewann für diesen Weg auch den deutschen Reichskanzler, mit welchem der zum außerordentlichen Botschafter in Konstantinopel ernannte Göschen sich auf der Durchreise durch Berlin verständigte. Komunduros schlug nun freilich einen sehr hohen Ton an, berief von neuem die Reserven ein und erklärte unter jubelnder Zustimmung der Kammer am 26. Februar 1881, daß für Griechenland die Grenzfrage durch die Berliner

Griechische  
Kriegsflut.

Beschlüß  
schafter  
daß die  
gerem  
Megono  
werke de  
sich nun  
Epirus  
unterge  
vollzoge  
Da  
lich gen  
unterlag  
erhalten  
übernahm  
vorigen  
Nicht d  
ankomm  
erklärte  
organis  
nett der  
Unterju  
1883 st  
Gedäch  
zu beer  
große  
geplante  
Eisenba  
förder  
Zwangs  
Drachm  
nopol  
gewicht  
Ministe  
ges Ze  
der Pa  
fort.  
suchte  
und du  
wohl a  
ner be  
durchzu  
überwi  
Minor  
im Fel

Beschlüsse vom 1. Juli erledigt sei. Unbekümmert darum begann die Botschafterkonferenz am 7. März ihre Arbeiten und erreichte jetzt wirklich, daß die Pforte Vorschläge machte, über die sich reden ließ. Nach längerem Hin- und Herhandeln wurde eine Linie festgestellt, welche Sanina, Megowo und Prevesa den Türken beließ; doch sollten die Festungswerke der letzteren Stadt geschleift werden. Dieser Entscheidung fügten sich nun endlich beide Teile; am 6. Juli 1881 rückten die ersten Griechen in Epirus ein um Arta zu besetzen und Mitte November war bis auf einige untergeordnete Punkte, über die noch verhandelt wurde, der Besitzwechsel vollzogen.

Lösung der Frage.

Das Ministerium Komunduros war nun freilich auch unmöglich geworden. Bei den Neuwahlen, die Ende 1881 stattfanden, unterlag es und ein Versuch des Königs es gleichwohl im Amte zu erhalten war auf die Dauer doch nicht durchführbar: im März 1882 übernahm Trikupis abermals die Regierung und alle Maßregeln des vorigen Ministeriums wurden nun der schärfsten Kritik unterzogen. Nicht das allein tadelte man, daß Komunduros statt es auf einen Krieg ankommen zu lassen in die geschmälerete Abtretung gewilligt habe: man erklärte auch alle Verordnungen, durch welche die einverleibten Gebiete organisiert waren, für ungesetzlich und beschuldigte das gestürzte Kabinett der Verschleuderung des Staatsgutes. Eine deshalb eingeleitete Untersuchung verlief jedoch ergebnislos, und als Komunduros im März 1883 starb, hielt ihm nicht allein sein Gegner Trikupis eine ehrenvolle Gedächtnisrede, sondern es wurde sogar beschlossen ihn auf Staatskosten zu beerdigen. Die Befestigung der inneren Zustände des Landes bot große Schwierigkeiten; wohl legte man 1882 Hand an den von Lesseps geplanten Durchstich des Isthmus von Korinth, begann den Bau von Eisenbahnen um Athen mit dem türkischen Bahnnetz zu verbinden und förderte sonst in mannigfacher Weise die materiellen Interessen; um den Zwangskurs zu beseitigen wurde 1883 eine neue Anleihe von 170 Millionen Drachmen beschlossen; neue Steuern auf Tabak und Spirituosen, Monopole auf Petroleum, Zündhölzchen u. d. d. dienten dazu das Gleichgewicht im Budget zu erhalten; auswärtige Beobachter wie der englische Ministerresident Ford glaubten der Entwicklung des Landes ein günstiges Zeugnis ausstellen zu dürfen. Dagegen dauerte der heftige Kampf der Parteien und das Getriebe persönlicher Interessen ununterbrochen fort. Die Opposition, deren Führung Deljannis übernommen hatte, suchte die Beratung und Beschlußfassung der Kammer durch Tumulte und durch Entfernung zu hindern, und die Mehrheit antwortete dann wohl auf solch einen Schritt damit, daß sie die Abwesenheit der Gegner benutzte um innerhalb weniger Stunden Dutzende von Gesetzen durchzujagen und anzunehmen. Übrigens schmolz der anfangs stark überwiegende Anhang des Ministeriums mehr und mehr zusammen; die Minoritäten, die Trikupis ihr Vertrauen versagten, wurden stärker, und im Februar 1885 fand sich sogar eine Majorität von 108 gegen 104

Innere Politik Griechenlands.

zusammen, die ihm eine Niederlage beibrachte. Statt zurückzutreten löste das Ministerium darauf, dem Wunsche des Königs folgend, die Kammer auf; allein die Neuwahlen ergaben eine zweifellose Majorität für die Opposition, deren Führer Delijannis demgemäß im April 1885 die Zügel der Regierung ergriff und das Land bald genug neuen Verwickelungen entgegenführte.

Rumänien und  
Serbien.

Nicht eben erheblich waren die Schwierigkeiten, welche die Regulierung der rumänischen und serbischen Grenze den dazu berufenen internationalen Kommissionen bereitete. Bei Rumänien handelte es sich nur um ein Fort, Namens Arab Tabia, das in der Dobrudscha gelegen doch zu den Befestigungen von Silistria gehörte. Die Kommission sprach es im November 1878 Rumänien zu, allein Rußland protestierte, zwang die Rumänen im folgenden Februar zur Räumung und setzte in langwierigen Verhandlungen mit den anderen Großmächten am Ende durch, daß jenes Fort bei Bulgarien blieb, wodurch Rumänien genötigt wurde die dort geplante Donaubrücke weiter abwärts bei Tschernawoda anzulegen. Zwischen Serbien und Bulgarien entspann sich ein Hader um die Bezirke von Trin und Breznik und einige Dörfer bei Saitšhar; auch trachteten die Serben danach bei Wranja ihr Gebiet auf Kosten der Albanesen vorzuschieben; doch mußten sie ihre Forderungen schließlich fallen lassen. Beide Staaten mußten um ihre Unabhängigkeit anerkannt zu sehen durch Verfassungsänderung erst die Gleichberechtigung der Juden zur Geltung bringen; in Serbien gelang das schon im Januar 1879; in Rumänien machte die zweite Kammer große Schwierigkeiten, und als sie endlich im Oktober 1879 die Vorlage der Regierung angenommen hatte, fanden Deutschland, England und Frankreich die Art der Erledigung keineswegs befriedigend; erst im Februar 1880 entschlossen sie sich auf Oesterreichs Verwendung zur Anerkennung. Rußland verharrete dagegen nach wie vor in seiner feindlichen Haltung und das übrige Europa nahm mit Befriedigung wahr, daß der Einfluß des Zarenreiches in den ehemaligen Donaufürstentümern gründlich gebrochen war. Die inneren Verhältnisse befestigten sich zusehends; Bratianu behauptete sich, wenn auch mit mehrfachem Wechsel mancher Kollegen, dauernd am Ruder; dem Finanzminister Sturdza gelang es die Eisenbahnen des Landes von der Berliner Gesellschaft, in deren Besitz sie waren, unter günstigen Bedingungen zu kaufen und schon 1880 das Gleichgewicht im Budget herzustellen; gegen Ende des Jahres wurde auch die Thronfolge geordnet, indem für den Todesfall des kinderlosen Fürsten die Deszendenz seines Bruders Leopold zur Nachfolge berufen wurde. Wenige Monate später, am 26. März 1881, stellte der Abgeordnete Lecca in der zweiten Kammer den Antrag den fürstlichen Titel in den königlichen zu verwandeln. Einstimmig angenommen und vom Senat bestätigt, fand er auch die Billigung der fremden Mächte, so daß am 22. Mai 1881 die Krönung in Bukarest mit großer Feierlichkeit vollzogen werden konnte. Unerfreulich war es, daß die Beziehungen zu

Das Königreich  
Rumänien.

Oesterrei-  
den Dor-  
gleichhei-  
des neu-  
drücken  
Berkehr  
sänftigt  
nicht er-  
bruar  
Ufersta-  
ratende  
weilig  
Jassy  
ausbrac-  
Rumän-  
daß die  
würden  
Augenf-  
Rumän-  
entschlo-  
und Be-  
nen.  
reiste  
von da  
ausein-  
heraus  
und fo-  
der im-  
radikal-  
Kofetti  
Wahl-  
rungen  
Sinne  
gutgeh-  
klare  
seiner  
nigs,  
Balkan-  
Bratia-  
den  
äußere  
den  
Friede  
konnte

Österreich sich ernstlich trübten, als das letztere in der zu Galatz tagenden Donaukommission für sich den dauernden Vorsitz und bei Stimmengleichheit das Ausschlagsrecht in Anspruch nahm. Die erste Thronrede des neuen rumänischen Königs sprach sich dagegen in so starken Ausdrücken aus, daß Österreich Anfang Dezember 1881 den diplomatischen Verkehr abbrach und erst durch sehr weitgehende Entschuldigungen befähigt werden mußte. Der eigentliche Streitpunkt wurde dabei aber nicht erledigt und als die Großmächte auf einer Konferenz, die im Februar 1883 zur Regelung der Sache in London zusammentrat, den Uferstaaten Rumänien, Serbien und Bulgarien überhaupt nur eine beratende Stimme zuerkannten, nahm die Erbitterung in Bukarest zeitweilig sehr heftige Formen an; ja ein Toast, den der Bürgermeister von Jassy am 18. Juni in Gegenwart des Königs bei einem Festmahle ausbrachte und in dem er mit unzweideutiger Anspielung auf die von Rumänen bewohnten österreichischen Provinzen die Hoffnung aussprach, daß diese Perlen einst auch noch das Diadem des Königs schmücken würden, nötigte die Regierung wiederum zu peinlichen Entschuldigungen. Augenscheinlich waren diese Reibereien umso mehr zu mißbilligen, als Rumänien dabei doch in seinem Gegensatz zu Rußland verblieb, und so entschloß sich denn der König persönlich durch einen Besuch in Wien und Berlin im August 1883 eine rückhaltlose Verständigung anzubahnen. Der Ministerpräsident war damit durchaus einverstanden und reiste selbst im September nach Gastein zum Fürsten Bismarck und von da nach Wien, wo er sich mit dem österreichischen Minister Kalnoth auseinandersetzte. Bei seiner Rückkehr erklärte er in der Kammer rund heraus den Anschluß Rumäniens an das österreichisch-deutsche Bündnis und fand dafür allgemeine Zustimmung. Auch für seine Stellung in der inneren Politik blieb das nicht ohne Rückwirkung. Gegenüber den radikalen Bestrebungen seines früheren Parteigenossen und Ministerkollegen Rojetti wider setzte sich Bratianu der Ausdehnung des Wahlrechtes, der Wahl der Richter durch das Volk und anderen demokratischen Forderungen und setzte eine Revision der Verfassung in gemäßigt liberalem Sinne durch, die denn auch vom Lande durch die Neuwahlen Ende 1884 gutgeheißen wurde. Das gute Verhältnis zu Österreich erhielt eine klare Befundung durch einen Besuch, welchen der Kronprinz Rudolf mit seiner Gemahlin im September 1884 in Sinaja, der Residenz des Königs, abstattete, und als im Herbst 1885 die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel sich wieder kritisch gestalteten, zeigte eine neue Reise Bratianus nach Wien und Friedrichsruhe den ernstesten Vorsatz sich mit den beiden deutschen Mächten im Einvernehmen zu erhalten. Die äußere wie die innere Politik des Ministeriums entsprach ebensowohl den wahren Interessen des stetig sich entwickelnden Landes wie der Friedenspolitik, als deren Träger Deutschland und Österreich gelten konnten.

Nicht die gleiche Festigkeit und Zurückhaltung zeigte Serbien,

Spannung mit  
Österreich.

Rußlösung.



Serbien. obgleich Rußlands Einfluß auch hier wenig mehr vermochte. Nachdem die Grenzregulierung beendet und die Anerkennung der Großmächte durch die Aufhebung der Beschränkungen, denen die Juden bisher unterlagen, erreicht war, trat die Skuptschina im November 1879 zum erstenmal in dem neu erworbenen Risch zusammen. Im Volke wie in seiner Vertretung herrschte eine ziemlich gereizte Stimmung gegen Oesterreich, dessen Eindringen in Bosnien die serbischen Zukunftspläne empfindlich störte.

Konflikt mit Oesterreich. Überdies beunruhigte man sich über den Einfluß, welchen der Kaiserstaat auf den Ausbau und die Organisation des serbischen Eisenbahnnetzes beanspruchte und kraft früherer Verträge mit der Türkei, deren Verbindlichkeit Serbien hatte anerkennen müssen, beanspruchen durfte. Geraume Zeit gelang es dem Ministerpräsidenten Ristitsch Oesterreich hinzuhalten, indem er erklärte nicht früher eine Konvention abschließen zu können, als bis Bulgarien und die Türkei die Fortsetzung der großen Bahnlinie gewährleistet hätten; vor den ernstgemeinten Drohungen mit einer Grenzsperrung und anderen Repressalien wich er aber schließlich doch zurück und am 9. April 1880 kam der Vertrag zustande. Indessen kaum war dieses Hindernis beseitigt, so entspann sich neuer Hader über den Abschluß eines Handelsvertrags, und während der Fürst Milan persönlich durch einen Besuch in Wien seinen Wunsch nach guten Beziehungen kundgab, erhob sein Ministerium so viele Einwendungen gegen Oesterreichs Anspruch auf die Rechte der Meistbegünstigten, daß die Verhandlungen im Oktober 1880 ganz abgebrochen wurden. Eine drohende österreichische Note hatte dann zur Folge, daß Ristitsch am 21. Oktober seine Entlassung forderte, und die jung-konservative Partei die Regierung übernahm, ein Wechsel, der für die Erhaltung des Friedens um so notwendiger war, als Ristitsch sich mit dem bulgarischen Ministerium bereits in Unterhandlungen über ein Bündnis eingelassen hatte, dessen Ziel die Erwerbung Ostrumeliens und Macedoniens für Bulgarien, Bosniens und der noch zur Türkei gehörigen altserbischen Gebiete für Serbien war. Natürlich konnten solche Pläne nur mit Hilfe Rußlands ausgeführt werden und mußten einen großen europäischen Krieg entzünden. Das neue Ministerium, zu dessen Mitgliedern außer dem Präsidenten Pirotshanaz von bekannteren Männern Garaschanin, Mijatowitsch und Leschjanin gehörten, hatte mit solchen Ideen nichts gemein, sondern war zu einer ernstlichen Verständigung mit Oesterreich entschlossen; ein glänzender Sieg bei den Neuwahlen zur Skuptschina erleichterte ihm diese Politik, und im Mai 1881 wurde der Handelsvertrag zu beiderseitiger Befriedigung zustande gebracht. Auf einer Reise, die der Fürst gleich darauf nach Wien, Berlin und Petersburg unternahm, verfolgte er hauptsächlich die Absicht von den Großmächten die Erlaubnis zur Annahme des Königstitels zu erwirken, und obwohl Land und Volk, über die er gebot, kaum ein Drittel so groß waren wie das rumänische, auf dessen Vorgang er sich berief, so wurde ihm doch die erwünschte Einwilligung zu teil und am 6. März 1882 konnte die Skuptschina die

Erhebung  
dieses E  
folgten  
den Aus  
die reich  
einem M  
über die  
Neuwah  
selben S  
bahnbau  
war und  
zu mach  
in der  
gegen d  
formelle  
Regierun  
die feind  
keineswe  
1882 v  
internat  
licher w  
wieder  
trat un  
negro v  
fürchten  
nowitsch  
lust der  
tember  
die ihm  
Minister  
der Ra  
derem a  
land un  
kehrte s  
hatte, n  
dem ene  
tuierung  
Fehl d  
dächten,  
Auslief  
gefährde  
vember  
Alexina  
drückun  
binnen

Erhebung Serbiens zu einem Königreiche beschließen. Die Freude über dieses Ereignis wurde übrigens sehr getrübt durch den kurz zuvor erfolgten Zusammenbruch der französischen Gesellschaft Bontoux, welche den Ausbau der serbischen Bahnen übernommen hatte. Die Opposition, die reichlich ein Drittel der Skuptschina bildete, benutzte dieses Unglück zu einem Angriff auf das Ministerium und legte, da das letztere Auskunft über die Verluste Serbiens verweigerte, ihre Mandate nieder. Bei den Neuwahlen fast ausnahmslos wiedergewählt, erneuerte sie sofort denselben Schritt, augenscheinlich nur zu dem Zwecke um einen neuen Eisenbahnbauvertrag, der mit dem Pariser Comptoir d'escompte abgeschlossen war und zu seiner Gültigkeit Dreiviertelmehrheit erforderte, unmöglich zu machen. Die Skuptschina antwortete darauf mit der Einberufung der in der Minorität gebliebenen Kandidaten und nahm sodann mit allen gegen drei Stimmen den neuen Eisenbahnvertrag an. Aber trotz dieses formellen Sieges und trotz der einschränkenden Maßregeln, welche die Regierung im Einverständnis mit der Mehrheit gegen die Presse und die feindlichen Abgeordneten verfügte, war die Gesamtlage des Landes keineswegs beruhigend. Ein Attentat auf den König, das im Oktober 1882 von der Witwe eines 1878 kriegsgerichtlich erschossenen Offiziers unternommen wurde, hatte vielleicht keine politische Bedeutung; bedenklicher war es schon, daß im folgenden Jahre die Karageorgewitsch sich wieder rührten, indem der Prinz Peter offen als Thronprätendent auftrat und sich bald darauf mit einer Tochter des Fürsten von Montenegro verheiratete; da Rußland diese Ehe begünstigte, lag es nahe zu fürchten, daß es damit Pläne gegen Milan und das ganze Haus Obrenowitsch verfolge. Am bedrohlichsten blieb aber die Stärke und Kampflust der radikalen Partei, die bei der Neuwahl der Skuptschina im September 1883 eine so große Mehrheit gewann, daß der König selbst durch die ihm zustehende Ernennung eines Drittels der Abgeordneten dem Ministerium keine Majorität schaffen konnte. Eine Parteiverammlung der Radikalen proklamierte siegesgewiß ihr Programm, das unter anderem auch den Abschluß des Balkanbundes unter Anlehnung an Rußland umfaßte. Milan war jedoch zum Widerstande entschlossen. Er kehrte sofort aus Deutschland, wo er den Kaisermanövern beigewohnt hatte, nach Belgrad zurück und übertrug die Neubildung des Ministeriums dem energischen Christitsch, der die Skuptschina gleich nach ihrer Konstituierung am 4. Oktober vertagte. Da die Radikalen hierauf gar kein Hehl daraus machten, daß sie eine Revolution ins Werk zu setzen gedächten, wurde die Press- und Versammlungsfreiheit suspendiert, die Auslieferung der Waffen befohlen und der Belagerungszustand über die gefährdeten Bezirke verhängt. Gleichwohl brach der Aufstand am 3. November aus und verbreitete sich im Timokgebiete, von Saittschar bis Alexinaß. Dank der Energie des Generals Nikolitsch, dem die Unterdrückung übertragen wurde, und der Treue der Truppen gelang es aber binnen 14 Tagen der Bewegung Herr zu werden, worauf die Kriegs-

Parteitreiben.

gerichte unverzüglich ihre Thätigkeit begannen; 94 Personen wurden zum Tode verurteilt, etwa 20 wirklich erschossen, 5—600 mit Gefängnis bestraft. Nachdem die Regierung ihre Widersacher niedergeworfen hatte, wurde die Skuptschina aufgelöst und bei den Neuwahlen eine Mehrheit erzielt, die zwar auf dem Boden der Verfassung stand, aber doch mit Christitsch, dem sie zu große Strenge vorwarf, nicht sympathisierte. Der König berief infolgedessen Garaschanin aus Wien, wo er den Gesandtschaftsposten bekleidete, und übertrug ihm am 18. Februar 1884 die Neubildung des Ministeriums. Gestützt auf eine überwältigende Mehrheit in der Skuptschina entwickelte dieser nun eine sehr fruchtbare Thätigkeit, indem er Gesetze über die Presse, das Vereinswesen, die Gemeindeverwaltung durchbrachte und auch eine nicht unerhebliche Erhöhung der Staatseinnahmen erzielte. Die auswärtige Politik blieb der Anlehnung an Oesterreich treu und gewann auch bessere Fühlung mit Rumänien; dagegen brach schon im Juni 1884 ein Grenzstreit mit Bulgarien aus, der das Vorspiel weit ernsterer Verwickelungen im folgenden Jahre werden sollte.

Bulgarien und  
Ostrumelien.

Von allen Teilen der Balkanhalbinsel hatte Bulgarien und das von ihm losgerissene Ostrumelien die wechselvollsten Schicksale durchzumachen. Nach dem plötzlichen Tode des Fürsten Tscherkaski, der während des Krieges die Organisation des Landes in russischem Sinne geleitet hatte, betraute der Zar im März 1878 den Fürsten Dondukoff-Korjatoff mit dieser Aufgabe. Infolge der Berliner Beschlüsse wurde jedoch Ostrumelien seinem Wirkungskreise bald entzogen und einem besonderen russischen Gouverneur, dem General Stolypin, sowie dem Einflusse der internationalen Kommission unterstellt, welche für diese Provinz ein Statut ausarbeiten sollte. Dies hielt indessen Dondukoff nicht ab mittelbar den Widerstand der Rumelioten zu nähren, ja sogar persönlich bei einem Besuche, den er im Oktober 1878 in Philippopol machte, die Hoffnungen auf eine künftige Vereinigung mit Bulgarien nachdrücklich zu ermutigen. Seine Worte fielen umsoweniger auf unfruchtbaren Boden, als Stolypin in demselben Geiste wirkte, und die Kommission mußte es nicht allein mit ansehen, daß der von ihr ernannte ostrumelische Finanzdirektor Schmidt von der Bevölkerung verjagt wurde, sondern war selbst durchaus nicht ungefährdet. Englands Vorschlag zu ihrem Schutze europäische Truppen einrücken zu lassen stieß jedoch auf den entschiedenen Widerspruch der Pforte und fand auch bei den anderen Mächten keinen Beifall. Vonseiten der bulgarischen Bevölkerung ließ man es nicht an Versuchen fehlen den Beschluß der Mächte, der Ostrumelien wieder zur türkischen Provinz gemacht hatte, zu erschüttern; allein umsonst; auch der Zar erklärte bestimmt, daß für jetzt nichts zu ändern sei. Inzwischen wurde das Provinzialstatut von der Kommission vollendet und von den Großmächten sowohl wie von der Pforte angenommen; auch bestätigte der Sultan den von der Kommission vorgeschlagenen Fürsten Alexander Bogorides (Aleko Pascha) als Generalgouverneur, so daß derselbe am 27. Mai 1879 sein Regiment antreten

Aleko Pascha.

und ein  
Schmidt.  
deutendst  
an sehr  
verzicht  
unter r  
bewaffn  
wußte si  
Pascha,  
General  
so sehr,  
auf sein  
muhame  
vereinen  
für sie  
er zwar  
es war  
der Pro  
nur Bu  
nach R  
rechtfert  
nach se  
Stelle  
Leitung  
ehrgeizig  
Griechen

D  
Verfass  
nachgel  
treten,  
gliedern  
je eine  
zusamm  
stehen;  
berufen  
sollte.  
bruar  
geladen  
einer  
des Bi  
Zankof  
Die B  
einer n  
eine A  
am 28

und ein Regierungsdirektorium bilden konnte, in dem Gavril Kristerwitsch, Schmidt, der Franzose Vitalis Pascha und der Bulgare Grueff die bedeutendsten Mitglieder waren. Der türkische Einfluß war von Anfang an sehr gering; hatte doch der Sultan auch vorderhand auf sein Recht verzichtet die Balkanpässe zu besetzen; eine Miliz von 10 000 Mann unter russischen Offizieren und die zahlreichen, wohlorganisierten und bewaffneten Turnvereine hatten alle Macht in Händen. Aleko Pascha wußte sich mit ihnen gut zu stellen; schon im August ersetzte er Vitalis Pascha, der sich nicht beliebt zu machen verstanden hatte, durch den General Strecker und vernachlässigte die dem Sultan schuldige Rücksicht so sehr, daß er nicht einmal an dessen Geburtstag die türkische Flagge auf seinem Palaste aufzog. Den nach Ostrumelien zurückkehrenden muhamedanischen Flüchtlingen wurden von der Miliz und den Turnvereinen die größten Schwierigkeiten bereitet, ohne daß der Gouverneur für sie eintrat. Auf Verlangen der internationalen Kommission mußte er zwar im November die Auflösung der Turnvereine anordnen; aber es war eine bloße Scheinmaßregel, da sie ihre Waffen behielten. Zu der Provinzialvertretung, die am 3. November zusammentrat, waren fast nur Bulgaren gewählt, und obgleich Aleko Pascha um dieselbe Zeit nach Konstantinopel berufen wurde um sich wegen seiner Haltung zu rechtfertigen, zeigte er sich doch den Wünschen der Versammlung auch nach seiner Rückkehr durchaus gefügig und berief u. a. an Schmidts Stelle den Präsidenten der sämtlichen Turnvereine, Dr. Stranski, zur Leitung der Finanzen. Ohne Zweifel verfolgte er dabei persönliche ehrgeizige Pläne und unterschätzte den Umstand, daß er als geborener Grieche den Bulgaren immer verdächtig bleiben mußte.

Dondukoff-Korsakoff hatte inzwischen auf Befehl des Zaren eine Verfassung für Bulgarien ausgearbeitet, die wesentlich der serbischen nachgebildet war. An die Spitze des Staates sollte ein erblicher Fürst treten, als Parlament die Sobranje fungieren, die aus geborenen Mitgliedern (Bischöfen, Gerichtspräsidenten etc), gewählten Abgeordneten (je einem auf 20 000 Einwohner) und vom Fürsten ernannten Vertretern zusammengesetzt wurde; ihr zur Seite sollte ein Staatsrat oder Senat stehen; für Verfassungsänderungen mußte die große (Golemo) Sobranje berufen werden, welche die doppelte Zahl gewählter Deputierten enthalten sollte. Zur Beratung dieser Vorlage berief Dondukoff auf den 23. Februar 1879 eine Notabelnversammlung nach Tirnowa, zu der sich ungeladen auch ostrumelische und macedonische Bulgaren einstellten. In einer außerparlamentarischen Versammlung wurde jedoch unter Vorsitz des Bischofs Kliment Branizki trotz der eifrigen Gegenreden Balabanoffs, Zankoffs und anderer Großbulgaren beschloffen dieselben nicht zuzulassen. Die Beratung des Dondukoffschen Entwurfs führte in einem Punkte zu einer wesentlichen Abänderung: der Senat wurde vollständig gestrichen, eine Änderung, die Dondukoff ohne Widerspruch hinnahm. Nachdem am 28. April die Beratung in drei Lesungen beendet war, trat am

Die bulgarische Verfassung.

Fürst Alexan-  
der.

29. die inzwischen gewählte Sobranje zusammen um den Fürsten zu führen. Da der Zar unter Zustimmung der anderen Großmächte den Prinzen Alexander Josef von Battenberg, den Sohn eines Bruders seiner Gemahlin, des Prinzen Alexander von Hessen, und einer Gräfin Hauke, dazu bestimmt hatte, so wurde diesem die Krone einstimmig übertragen. Niemand bezweifelte, daß er die Regierung lediglich als Werkzeug Rußlands führen werde; dem deutschen Herrscherhause war er als preußischer Gardeoffizier persönlich bekannt und genehm; Fürst Bismarck soll ihm die Annahme der Krone mit den Worten empfohlen haben: für einen Sekondeleutnant sei es doch immer gewissermaßen ein Avancement und schließlich werde es ihm stets eine angenehme Erinnerung bleiben.

Ministerium  
Burmoff.

Der junge Prinz empfing die Deputation, welche ihm seine Wahl anzeigte, am 17. Mai 1879 am Hoflager des Zaren in Livadia, traf nach einem Besuch an den Höfen der Großmächte am 5. Juli in Konstantinopel ein, wo ihm der Sultan die Einsetzungsurkunde überreichte, leistete als Fürst Alexander I. von Bulgarien am 9. in Tirnowa den Eid auf die Verfassung und schlug seine Residenz in Sofia auf. Ein Versuch die Führer der Liberalen und Radikalen, Zankoff und Karaveloff, in einem Ministerium mit dem konservativen Grefkoff zu vereinigen scheiterte an der Weigerung der ersteren, und Fürst Alexander bildete darauf nach dem Räte seines Kabinettschefs Stoiloff, dem er besonderes Vertrauen schenkte, ein wesentlich konservatives Ministerium, zu dem unter dem Vorsitz des alten Burmoff der gemäßigt liberale Balabanoff, Grefkoff, Ratschewitsch und der russische General Parezoff gehörten. Da Dondukoff die höheren Verwaltungsbeamten meist den Reihen der Liberalen und der radikalen Partei entnommen hatte, stand das Ministerium zu diesen in einem Mißverhältnis und nahm vor Beginn der Sobranjewahlen zahlreiche Entsetzungen vor. Trotzdem vermochte es nur eine kleine Minorität seiner Parteigenossen durchzusetzen, und die Sobranje wählte bei ihrem Zusammentritt am 3. November nicht allein Karaveloff zu ihrem Präsidenten, sondern beschloß auch eine Adresse an den Fürsten, in der sie den Ministern das entschiedene Mißtrauen der Nation aussprach und ihnen die Hauptschuld an der betäubenden Lage der Finanzen beimaß. Der Fürst war nun zwar bereit durch Karaveloff ein Ministerium der Majorität bilden zu lassen; allein da derselbe damit nicht zustande kam, verfügte er die Auflösung der Sobranje und übertrug den Vorsitz im Kabinett an Burmoffs Stelle dem Bischof Kliment. Das Ergebnis der Neuwahlen, die im Januar 1880 stattfanden, glich jedoch so vollkommen dem der ersten Wahl, daß dieser Zustand unhaltbar war. Der Fürst reiste deshalb noch vor Eröffnung der Sobranje nach Petersburg um die Einwilligung des Zaren zur Abänderung der Verfassung, und zwar insbesondere des Wahlgesetzes und des Einkammersystems, zu gewinnen. Da ihm diese versagt wurde, berief er nach Eröffnung der Volksvertretung Zankoff zur Bildung eines Ministeriums, in das am 7. April u. a. Karaveloff, Stojanoff und der russische General Ehrn-

Ministerium  
Zankoff.

roth ein  
bulgaris  
sie Ostje  
sie bewi  
Franken  
cedonid  
Philipp  
und Mo  
Sultan,  
mächten  
man ni  
machte,  
konservo  
nun no  
gegeben  
sion ver  
dieser f  
suchte i  
darzuste  
zu gebe  
abtrat  
während  
Szenen  
Fürst  
daß na  
dessen  
30. De  
Ministe  
versöhn  
D  
daß der  
wickelun  
burg,  
er auch  
zeugen  
zu bes  
welloff  
mation  
Sobran  
niederz  
unter d  
bestand  
außero  
schaffen  
einzufi

roth eintraten. Sofort machte sich nun ein Wiedererstarren der panbulgarischen Bewegung bemerklich; die Sobranje verhehlte gar nicht, daß sie Ostserbien und die Dobrudscha für Bulgarien in Anspruch nähme; sie bewilligte trotz der schlechten Finanzlage den Ostrumeliern 800 000 Franken für „gemeinnützige Zwecke“; der Fürst selbst empfing eine macedonische Deputation und entließ sie mit ermutigenden Worten; in Philippopel wurde ein „Unionskomitee für Südbulgarien“ begründet, und Aleko Pascha befand sich in einer so peinlichen Lage, daß er den Sultan, freilich vergebens, um seine Entlassung bat. Den meisten Großmächten war diese Erneuerung der Agitation sehr unerwünscht, und da man nicht ohne Grund das Ministerium Zankoff dafür verantwortlich machte, so war dessen internationale Stellung weit schlechter als die seiner konservativen Vorgänger. Durch einen besonderen Zwischenfall lud es nun noch Oesterreichs Zorn auf sich. Zankoff hatte das Versprechen gegeben, daß sein Bruder Kyriat, der Bulgarien in der Donaukommission vertrat, in dieser mit Oesterreich stimmen werde; gleichwohl schloß dieser sich in allem dem rumänischen Votum an. Der Ministerpräsident suchte dies zwar hinterdrein als eine Eigenmächtigkeit seines Bruders darzustellen und glaubte Oesterreich dadurch hinreichende Genugthuung zu geben, daß er am 10. Dezember 1880 das Präsidium an Karaveloff

Ministerium  
Karaveloff.

abtrat und sich auf das Ministerium des Inneren zurückzog. Allein während es in der Sobranje über diese Nachgiebigkeit zu stürmischen Szenen kam, war Oesterreich damit noch nicht zufrieden gestellt, und der Fürst fand sich veranlaßt in einem Briefe an Karaveloff zu erklären, daß nach dem „zweideutigen“ Benehmen Zankoffs die Würde Bulgariens dessen vollständigen Rücktritt erfordere. Dieser erfolgte denn auch am 30. Dezember 1880, indem der Präsident der Sobranje Slaveikoff das Ministerium des Inneren übernahm; Zankoff aber war fortan ein unversöhnlicher Feind des Fürsten.

Dieser bestärkte sich inzwischen mehr und mehr in der Überzeugung, daß der Fortbestand der ultraliberalen Verfassung eine gedeihliche Entwicklung des Landes unmöglich mache. Bei einem Aufenthalte in Petersburg, zu dem die Begrüßung des neuen Zaren den Anlaß bot, wußte er auch diesen im April 1881 von der Richtigkeit dieser Ansicht zu überzeugen und erhielt dessen Zustimmung zu dem Versuche die Verfassung zu beseitigen. Nach Sofia zurückgekehrt, entließ er am 9. Mai Karaveloff und ernannte Ehrnroth zum Ministerpräsidenten. Eine Proklamation an die Bulgaren teilte diesen mit, daß unverzüglich die große Sobranje berufen werden solle, in deren Hände der Fürst die Krone niederzulegen beabsichtige, wenn dieselbe nicht den Bedingungen zustimme, unter denen allein er die Regierung fortführen könne. Diese Bedingungen bestanden in drei Punkten: der Fürst beanspruchte für sieben Jahre eine außerordentliche Machtbefugnis, die ihm gestatte einen Staatsrat zu schaffen und in allen Zweigen der inneren Verwaltung Verbesserungen einzuführen; die ordentliche Sobranje müsse suspendiert und das laufende

Die Suspendierung  
der Verfassung.

Budget auch auf das nächste Jahr erstreckt werden; vor Ablauf der sieben Jahre sollte die große Sobranje wiederzusammentreten um auf Grund der gesammelten Erfahrungen die Verfassung zu revidieren. Natürlich begannen die Liberalen gegen diese Forderungen eine lebhaftige Agitation, auf welche Ehrroth mit der Verhängung des Belagerungszustandes in mehreren Städten, mit der Einsetzung von Kriegsgerichten und der Unterdrückung der Oppositionspresse antwortete. Ein neuer russischer Bevollmächtigter, Hitrowo, erschien im Lande um die volle Zustimmung des Zaren zu verkünden und den Fürsten auf einer Rundreise zu begleiten, auf der es nicht an überschwänglichen Versprechungen fehlte. So fielen denn die Wahlen zur großen Sobranje am 28. Juni 1881 im Sinne des Fürsten aus, und als dieselbe am 13. Juli in Sischowa zusammentrat, wurden die Bedingungen, welche jener gestellt hatte, ohne Debatte durch Zuruf angenommen. Die liberale Minderheit war zum größten Teil gar nicht erschienen; Karaweloff und Slaweikoff hatten es sogar für rätlich gehalten nach Ostrumelien zu flüchten, wo ersterer zum Bürgermeister von Philippopol gewählt wurde; Zankoff wurde wenigstens vorübergehend verhaftet und in Rußschuk interniert.

Ministerium  
Remlingen.

Da Ehrroth nach Rußland zurückberufen wurde, übertrug der Fürst das Ministerpräsidium dem russischen General Remlingen; zum Kriegsminister wurde Kryloff ernannt; unter den übrigen Ministern befanden sich Ziretschek, Stoiloff und nach dessen baldigem Rücktritt der bisherige ostrumelische Direktor Wulkowitsch. Im September wurde der verheißene Staatsrat begründet, in welchen das Volk acht Mitglieder aus eng begrenzten Kreisen zu wählen hatte. Die Opposition der Liberalen war vorübergehend verstummt; insgeheim freilich gewann sie dadurch an Stärke, daß Männer wie Balabanoff, die den Radikalismus bisher bekämpft hatten, sich jetzt ihr näherten. Auf der anderen Seite entwickelte sich immer entschiedener ein Konflikt zwischen den russischen Ministern und ihren bulgarischen Kollegen. Während nämlich jene die beabsichtigten Eisenbahnbauten russischen Unternehmern in die Hände zu spielen wünschten, begünstigten diese den reichen Bulgaren Hadtschenoff, der die Partei mit großen Geldmitteln zu unterstützen pflegte und auch beim Fürsten in hohem Ansehen stand. Die erste Folge dieser Konflikte war, daß Remlingen im Januar 1882 zurücktrat und durch Natschewitsch ersetzt wurde, der dann auch Grefoff wieder in das Ministerium zog. Ihr Verhältnis zu Kryloff und dem russischen Agenten Hitrowo wurde dadurch aber nur noch gespannter, und sie mußten gewärtigen, daß bei den Wahlen zu der budgetbewilligenden Sobranje, die nicht mehr lange aufgeschoben werden konnten, deren Einfluß den Liberalen zugute kommen werde, zumal die Moskauer Panslawisten ohnedies mit jenen sympathisierten. Während Natschewitsch nun einerseits Zankoff dadurch unschädlich zu machen suchte, daß er ihn von neuem internierte, überredete er den Fürsten von dem Zaren im Februar 1882 die Abberufung Hitrowos und Kryloffs zu erbitten, und als dies nicht gleich gewährt wurde, selbst

Konflikte mit  
den Russen.

Ministerium  
Natschewitsch.

zu diese  
Alexand  
Sobolef  
Krieges  
an, S  
Wulkow  
Ab  
seine S  
nerale i  
aber da  
angeneh  
darauf  
kein Off  
Armee  
beiten  
Hoffnun  
präside  
Nachfol  
in Had  
politik  
führen  
ihre G  
die Mi  
Stoilof  
Minist  
höhere  
Geschä  
F  
des B  
sicher  
verließ  
dann i  
währen  
der S  
schiene  
abrufe  
wurde  
hatte  
und d  
geneig  
wurde  
ihn p  
wonac  
geleh  
arbeit

zu diesem Zwecke nach Petersburg zu reisen. In der That willigte Alexander III. nun ein; Sitrowo wurde beurlaubt und die Generale Soboleff und Kaulbars bestimmt als Minister des Inneren und des Krieges nach Bulgarien zu gehen. Im Juli 1882 traten sie ihr Amt an, Soboleff übernahm auch das Präsidium, Ratschewitsch, Grefoff, Wulkowitsch blieben neben ihnen auf ihrem Posten.

Ministerium  
Soboleff-Kaul-  
bars.

Aber es war ein großer Irrtum, wenn der Fürst glaubte dadurch seine Stellung gebessert zu haben. Zwar gewährten die russischen Generale ihre Unterstützung um eine gefügige Sobranje zustande zu bringen, aber daneben machte sich ihr Hochmut dem Fürsten persönlich sehr unangenehm fühlbar und ihre Verwaltungsmaßregeln zielten unverhüllt darauf ab Rußlands Einfluß zu befestigen. Kaulbars verfügte, daß kein Offizier ernannt werden solle, der nicht zwei Jahre in der russischen Armee gedient habe; Soboleff übertrug die Leitung der öffentlichen Arbeiten dem russischen Fürsten Hylkoff und suchte dadurch Hadschjenoffs Hoffnungen zu zerstören; Wulkowitsch mußte auf Verlangen des Ministerpräsidenten im Januar 1883 entlassen werden, und Stoiloff, der sein Nachfolger war, geriet wenige Wochen später mit Soboleff gleichfalls in Hader, weil er den rechtmäßig abgesetzten russenfreundlichen Metropoliteneletius trotz der Einsprache des Generals in ein Kloster abführen ließ. Soboleff und Kaulbars verlangten darauf von dem Fürsten ihre Entlassung; dieser fragte beim Zaren an und erhielt zur Antwort, die Mission der beiden Generale sei noch nicht beendigt. Somit mußte Stoiloff am 15. März seinen Abschied nehmen, die anderen bulgarischen Minister folgten seinem Beispiele und Soboleff berief einstweilen einige höhere Beamte, zum Teil liberaler Richtung, zur Wahrnehmung der Geschäfte.

Für den Fürsten war die Lage unleidlich, die bevorstehende Krönung des Zaren machte ihm die Reise nach Moskau zur Pflicht und er durfte sicher sein nicht zum besten empfangen zu werden. Schon Mitte April verließ er Sofia, besuchte Konstantinopel, Athen, Montenegro und reiste dann über Darmstadt nach Moskau. Dort stellte sich auch Soboleff ein, während Kaulbars als Regent in Sofia zurückblieb; auch Deputationen der Sobranje und des Stadtrats von Sofia waren zur Krönung erschienen. Des Fürsten Forderung ging dahin, daß der Zar Soboleff abrufe und Ehrroth wieder nach Bulgarien sende; allein diese Bitte wurde ihm nicht erfüllt und erbittert kehrte er in sein Land zurück. Hier hatte Kaulbars in der Zwischenzeit noch schrankenloser gewaltet als bisher und dadurch die feindlichen Parteien der Konservativen und Liberalen geneigter gemacht sich untereinander zu verständigen. Anfang August wurde Zankoff eingeladen nach Sofia zu kommen, der Fürst empfing ihn persönlich und Ratschewitsch vereinbarte mit ihm ein Kompromiß, wonach ein gemischtes Ministerium gebildet, das zur Zeit geltende Wahlgesetz von den Liberalen anerkannt und eine neue Verfassung ausgearbeitet werden sollte. Mit der Bildung des Ministeriums betraute der

Bebrängte Lage  
des Fürsten.

Bündnis der  
Liberalen und  
Konservativen.



Die russischen  
Minister.

Fürst Grefoff und kündigte den russischen Generalen am 10. September 1883 persönlich ihre Entlassung an. Allein Soboleff erwiderte hochmütig, er habe Befehl auf seinem Posten zu bleiben, auch wenn der Fürst es nicht wünsche, und noch am selben Tage überreichte der russische Geschäftsträger Jonin eine Note, worin neben dem Verbleiben der beiden Generale die Niedersetzung einer Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Veröffentlichung eines Manifestes verlangt wurde, durch welches der Fürst auf die außerordentlichen Vollmachten, die ihm in Sischkowa erteilt waren, verzichte. Diese letztere Forderung erfüllte der Fürst nicht, den beiden ersten fügte er sich vorläufig. Soboleffs Pläne gingen aber noch weiter. Er trat mit Zankoff in Verbindung und bewog diesen beim Zusammentritt der gewöhnlichen Sobranje, der am 15. September erfolgen sollte, die Absetzung des Fürsten und die Wiederherstellung der Verfassung von Tirnowa zu beantragen. Trotz seiner Zusage pflog aber Zankoff gleichzeitig weitere Unterhandlungen mit Grefoff, deren Ergebnis eine gemeinschaftliche Ministerliste (Zankoff, Natfchewitsch, Balabanoff, Stoiloff) und eine Adresse der Sobranje an den Fürsten war, in welcher dieser um Wiederherstellung der Verfassung von Tirnowa unter Angabe der Punkte, in welchen er sie abgeändert zu sehen wünsche, gebeten wurde.

Bruch mit  
Rußland.

Diesem Programm entsprechend verlief zu Soboleffs bitterer Enttäuschung die Sitzung der Sobranje vom 18. September. Der Fürst empfing die Deputation, welche ihm die Adresse überbrachte, und sagte die Erfüllung ihrer Forderungen zu. Das Koalitionsministerium wurde gebildet und die beiden russischen Generale verließen zornig Sofia. Allein auch in Petersburg war man über diese Vorgänge im höchsten Grade empört. Dem russischen General Djessovoy, welchem der Fürst das Kriegsministerium übertragen wollte, wurde die Erlaubnis zur Annahme verweigert und ihm wie einem russischen Adjutanten des Fürsten die sofortige Abreise von Sofia befohlen. Der Fürst entließ darauf auch die übrigen russischen Offiziere, die in seinem persönlichen Dienste standen, und berief die bulgarischen Offiziere, welche in der russischen Armee dienten, telegraphisch zurück. Brieflich und durch die Entsendung Balabanoffs nach Petersburg suchte er daneben eine Verständigung anzubahnen, deren Grundlage ein auf drei Jahre geschlossener Vertrag sein sollte, kraft dessen das Kriegsministerium auch künftig einem russischen General übertragen wurde, der sich aber jeder Einmischung in die innere Politik zu enthalten hatte und in amtlicher Beziehung dem Fürsten und den bulgarischen Gesetzen Gehorsam schuldig war, während er und mit ihm die russischen Offiziere in der bulgarischen Armee daneben doch dem russischen Kriegsministerium unterstellt bleiben sollten. Wirklich begnügte sich der Zar mit diesem Zugeständnisse und schickte im November den jüngeren Kaulbars, der bisher Militärattaché in Wien war, nach Sofia zum Abschluß der Übereinkunft. Auf Grund derselben übernahm dann noch vor Jahreschluß der General Kantakuzenos das Kriegsministerium.

Kompromiß.

In  
Verfassu  
in der E  
dung ein  
erprobt  
vorgeleg  
machten  
6. Janu  
Dankes

Die  
daß er  
und Nat  
zu erse  
und Zan  
falen be  
Slaweit  
ungestü  
stehen w  
und fan  
lage, ob  
scheidung  
die sich  
eine bed  
weloff d  
zum Biz  
wurde,  
weloff  
Slaweit  
Konse  
erhielt r

Se  
warten,  
Diese h  
erlitten  
wo dess  
ernannte  
seiner n  
zum Ge  
dem ne  
Zustimm  
garien a  
und da  
schreitun  
hallte d  
Gavrila

In der Zwischenzeit war von der Sobranje auch die Revision der Verfassung von Tirnowa vollendet; die bedeutendste Änderung bestand in der Einführung des Zweikammersystems; abgelehnt wurde die Begründung einer Adelsklasse. Die neue Verfassung sollte zunächst drei Jahre erprobt und dann einer großen Sobranje zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden. Die ihm in Sischtowa erteilten außerordentlichen Vollmachten legte der Fürst nunmehr ausdrücklich nieder und schloß am 6. Januar 1884 die Session der Sobranje mit lebhaften Worten des Dankes an die Versammlung und den Minister Zankoff.

Die neue Verfassung.

Die Stellung des letzteren war vorübergehend eine sehr feste, so daß er wenige Tage später den Fürsten sogar dahin brachte Stoiloff und Matschewitsch aus dem Ministerium zu entlassen und durch Liberale zu ersetzen. Freilich wurde dadurch die konservative Partei schwer gekränkt, und Zankoff geriet nun bald zwischen zwei Feuer. Denn auch die Radikalen begannen sich wieder kräftiger zu rühren, seit Karaweloff und Slaweikoff aus Philippopol zurückgekehrt waren, und forderten jetzt so ungestüm Neuwahlen zur Sobranje, daß Zankoff ihnen nicht zu widerstehen wagte. So wurden dieselben denn auf den 27. Mai anberaumt und fanden unter vielen Tumulten statt. Zankoff erlitt dabei eine Niederlage, obschon auch die Radikalen nicht die Mehrheit gewannen: die Entscheidung lag bei der kleinen Zahl der Konservativen und einer Fraktion, die sich um den jungen Stambuloff scharte, der jetzt mit einem Schlage eine bedeutende Rolle zu spielen begann. Er verständigte sich mit Karaweloff dahin, daß dieser von der Sobranje zum Präsidenten, er selbst zum Vizepräsidenten gewählt werden solle, und da dies wirklich erreicht wurde, sah Zankoff sich am 30. Juni 1884 zum Rücktritt genötigt. Karaweloff wurde Ministerpräsident; unter seinen Kollegen befanden sich Slaweikoff, der junge Radoslawoff und als Minister des Äußeren ein Konservativer, der verschmizte Zankoff. Den Vorsitz in der Kammer erhielt nun Stambuloff.

Ministerium Zankoff.

Stambuloff.

Ministerium Karaweloff.

Seiner Vergangenheit entsprechend durfte man von Karaweloff erwarten, daß er die panbulgarischen Tendenzen wiederbeleben werde. Diese hatten unter Alexos Verwaltung in Ostrumelien keinen Abbruch erlitten und es konnte deshalb nicht wunder nehmen, daß im Mai 1884, wo dessen fünfjährige Amtsperiode ablief, die Pforte ihn nicht von neuem ernannte, zumal auch Rußland mit ihm sehr unzufrieden war. Statt seiner wurde der bisherige Justizdirektor Kristewitsch (Gawril Pascha) zum Generalgouverneur ernannt, ein schwacher Mann, der sich ganz von dem neuen russischen Generalkonsul Sorokin leiten ließ. Unter dessen Zustimmung schloß er im November 1884 einen Zollvertrag mit Bulgarien ab, der die Einfuhr mit einer Abgabe von nur zwei Prozent belastete und dadurch die Türkei ebenso sehr finanziell schädigte, wie er eine Überschreitung der Befugnisse des Generalgouverneurs war. Dennoch verhallte der Protest der Pforte wirkungslos, ja Sorokin verhandelte, ohne Gavriils Wissen, mit Karaweloff sogar über den Plan die Vereinigung

Ostrumelien.

von Ostrumelien mit Bulgarien durch einen Staatsstreich herbeizuführen, gleichzeitig aber den Fürsten Alexander als Russenfeind vom Throne zu stoßen und durch den Prinzen Waldemar von Dänemark zu ersetzen. Darauf ging Karaweloff jedoch nicht ein, weil er sich einen festbegründeten Einfluß auf den Fürsten erworben zu haben schmeichelte und seine panbulgarischen Ziele auch auf andere Weise zu erreichen hoffte. Die beiden Ostrumelien, auf welche er dabei vorzugsweise zählte, waren

Berschwörung  
von Vermen-  
dere.

Der Staats-  
streich vom  
18. September.

Fürst Alexan-  
der.

Unter des letzteren Vorsitz bildete sich am 6. August 1885 in Vermendere bei Philippopel ein geheimes Komitee, dem außer Stranski auch Nikolajeff, Sokoloff, Kaltichoff, Mutkuroff und andere seitdem bekannter gewordene Männer angehörten. Früher als eigentlich geplant war, brach die Berschwörung in der Nacht zum 18. September aus, da man mit Grund befürchtete, Kristewitsch beabsichtige die Häupter verhaften zu lassen. Stojanoff begab sich mit einigen anderen in den Palast des Gouverneurs, nahm denselben gefangen und ließ ihn nach Sofia bringen; die Miliz erklärte sich, von Nikolajeff, Mutkuroff u. a. bearbeitet, für die Bewegung und ließ ihren Kommandanten, Drigalski Pascha, gefangen nehmen; fast ohne daß ein Tropfen Blut vergossen wurde, vollzog sich die ganze Umwälzung, und die provisorische Regierung, die unter Stranskis Präsidium zusammentrat, fand nicht nur in der Hauptstadt sondern im ganzen Lande willigen Gehorsam. Überall strömte die waffenfähige Mannschaft zusammen um dem zu erwartenden Einmarsch der Türken sich zu widersetzen; nach Warna aber, wo sich Fürst Alexander eben damals aufhielt, erging die dringende Einladung, daß dieser sich sofort nach Philippopel begeben möge.

Der Zar.

Der Fürst zögerte nicht diesem Rufe zu folgen. Schon von Tirnowa aus erkannte er durch Manifest vom 20. September die Union als vollzogene Thatsache an und erklärte sich zum Fürsten „von Nord- und Südbulgarien“. Anderen Tags in Philippopel angelangt, ernannte er Stranski zu seinem Vertreter und stellte ihm Slaweikoff und Gruzjess zur Seite. In Konstantinopel ließ er die Erklärung abgeben, daß er nicht daran denke die Souveränität der Pforte anzutasten; auch bezeugte er in Philippopel selbst durch Heißen der türkischen Flagge seinen Respekt vor dem Sultan, besuchte die Moschee, in der Gebete für den Sultan gesprochen wurden, und versicherte die Muhamedaner seines vollsten Schutzes. In dem gleichen Sinne waren seine Mitteilungen an die Großmächte gehalten, die er um ihre Vermittelung bei der Pforte ersuchte, damit nicht durch den Einmarsch türkischer Truppen Blutvergießen veranlaßt werde; an den Zaren, der sich damals in Kopenhagen aufhielt, wurde außerdem eine Deputation unter Führung des Metropolitens Kliment geschickt, die seine wohlwollende Vermittelung erbitten sollte.

Als die Deputierten kaum abgereist waren, traf in Sofia der Befehl des Zaren ein, daß der Kriegsminister Kantakuzenos und alle russischen Offiziere in der bulgarischen Armee sofort ihre Stellen niederlegen sollten; gleichzeitig wurde bekannt, daß die Pforte die Intervention der

Großmä  
nicht ein  
Franken  
Fürst pe  
die Uni  
Dagegen  
Geschehe  
Fall ein  
sten Me  
daß er

Mi  
stantino  
verfaßt,  
garen je  
sie war  
an der  
Lob spe  
und Be  
Grund  
in Serb  
Union  
Macedo  
die ma  
Das gr  
die mac  
listiert,  
gemacht  
Milan  
2. Okto  
digung,  
eine Ar

B  
Serbien  
garien  
an Mi  
Könige  
der ihn  
ermutig  
Auge z  
verhalte  
auf Ein  
Paschas  
lich au  
gariße  
stellten

Großmächte angerufen habe. Die Regierung ließ sich dadurch jedoch nicht einschüchtern, und ebensowenig die Sobranje, die 10 Millionen Franken für den Fall, daß der Krieg ausbrechen sollte, bewilligte. Der Fürst persönlich bot dem Zaren seinen Rücktritt an, wenn dieser dagegen die Union aufrechterhalten wolle, wurde aber keiner Antwort gewürdigt. Dagegen mißbilligte der Zar dem Metropolit Kliment gegenüber das Geschehene in scharfen Worten, ließ aber doch Rußlands Hilfe für den Fall eines türkischen Angriffs durchblicken; seinem Zorn gegen den Fürsten Alexander aber gab er den denkbar schärfsten Ausdruck dadurch, daß er ihn am 2. November aus der russischen Armeeliste streichen ließ.

Mittlerweile waren auf Rußlands Antrag die Botschafter in Konstantinopel zusammengetreten und hatten am 13. Oktober eine Erklärung verfaßt, welche die Vorgänge in Philippopel scharf mißbilligte, den Bulgaren jede Aussicht auf Unterstützung der Großmächte verweigerte und sie warnte die Bewegung auf Macedonien zu übertragen oder Truppen an der Grenze zu versammeln, der Haltung des Sultans aber großes Lob spendete. Mitteilung von dieser Erklärung sollte auch in Athen und Belgrad gemacht und beider Orten zur Ruhe gemahnt werden. Grund genug war dazu vorhanden, denn sowohl in Griechenland wie in Serbien war man über die plötzliche Durchführung der bulgarischen Union in große Aufregung geraten und fürchtete, daß dieselbe auch auf Macedonien, Altserbien und andere Gebiete ausgedehnt werden möchte, die man als eigenen Anteil an der türkischen Erbschaft beanspruchte. Das griechische Ministerium hatte schon Ende September Truppen gegen die macedonische Grenze vorgeschoben, und gleich darauf die Flotte mobilisiert, eine Anleihe von 24 Millionen Drachmen bei der Nationalbank gemacht und drei Jahrgänge der Reserve einberufen. Ebenso hatte König Milan Truppen an der Grenze konzentriert, die Skuptschina auf den 2. Oktober zusammenberufen und unter Darlegung der angeblichen Schädigung, die für Serbien aus der bulgarischen Union sich ergebe, sich eine Anleihe von 25 Millionen bewilligen lassen.

Bulgarischerseits trug man sich eine Zeit lang wohl mit der Hoffnung Serbien umstimmen zu können, so daß es gemeinsame Sache mit Bulgarien gegen die Türkei mache. Allein Grefoff, der zu diesem Zwecke an Milan gesandt wurde, erhielt nicht einmal eine Audienz bei dem Könige; dieser gab sich vielmehr ganz dem österreichischen Einfluß hin, der ihn von Feindseligkeiten gegen die Türken abhielt und statt dessen ermutigte eine Vergrößerung Serbiens durch bulgarische Grenzgebiete ins Auge zu fassen. Vorderhand aber erhielt er die Weisung sich ruhig zu verhalten und das Ergebnis der Botschafterkonferenz abzuwarten, die auf Einladung der Pforte am 5. November unter dem Präsidium Said Paschas zusammentrat. Die Aussicht auf einmütige Beschlüsse war freilich äußerst gering. England machte kein Hehl daraus, daß es die bulgarische Union zu erhalten wünsche, und auch Frankreich und Italien stellten sich nicht unfreundlich dazu; Rußland dagegen unterstützte

Die Großmächte.

Griechenland und Serbien.

Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel.

lebhaft die Neigung der Pforte das Geschehene durch Einmarsch ihrer Truppen rückgängig zu machen und hatte dabei Österreich und Deutschland hinter sich, wenn diese Mächte auch in erster Linie die Anwendung diplomatischer Mittel befürworteten. Am Ende stimmten in der siebenten Sitzung vom 25. November alle Bevollmächtigten außer dem englischen dem Beschlusse zu, daß ein türkischer Kommissär nach Philippopol gehen solle um dort die Regierung wiederzuübernehmen, während eine internationale Kommission die Wünsche der Ostrumelien, soweit dies innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrags möglich sei, zu befriedigen suchen sollte.

Kriegserklärung Serbiens.

Einige Tage früher hätte dieses Auskunftsmittel vielleicht Erfolg versprochen, da die Lage Bulgariens sehr bedrohlich geworden war. Nach einigen kleineren Konflikten an der Grenze kam es nämlich am 13. November zu einem etwas ernstlicheren Zusammenstoße zwischen serbischen und bulgarischen Truppen, und das benutzte Milan dazu die Kriegserklärung an die Bulgaren, denen er vorwarf angegriffen zu haben, ergehen zu lassen. Gleichzeitig ließ er in Konstantinopel erklären, daß seine Absicht sei für die Wiederherstellung der Autorität des Sultans einzutreten. Fürst Alexander aber nahm einerseits zwar den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh auf und verließ Philippopol um sich zur Armee zu begeben; andererseits aber zog er seine Truppen aus Ostrumelien zurück und forderte den Sultan auf ihm den Angriff Serbiens auf den türkischen Vasallenstaat Bulgarien abwenden zu helfen; auch die Vermittelung der Großmächte rief er zu diesem Zwecke am 17. November an und schien damit also die stolzen Hoffnungen, welche die September-Revolution geweckt hatte, vollständig preiszugeben.

Die beiden Armeen.

Hoffnungslos genug mochte der Kampf mit Serbien allerdings erscheinen. War doch die bulgarische Armee durch den Austritt der Russen fast aller Stabsoffiziere beraubt, so daß Hauptleute das Kommando der Regimenter und Brigaden übernehmen mußten. Unter Einrechnung des Landsturmes, der Turnvereine, der Freiwilligen konnte man die gesamte bulgarische Truppenmacht auf etwa 130 000 Mann mit 100 Geschützen veranschlagen, während Milan über 215 000 Mann mit 380 Geschützen verfügte. Ein erheblicher Teil der serbischen Offiziere kannte den Krieg durch die Feldzüge von 1876—1878 aus Erfahrung, und manche von ihnen, vor allen Horwatowiz, der freilich damals Gesandter in Petersburg war, hatten mit Auszeichnung gekämpft. Der kriegerische Geist der Serben, das vortreffliche Gewehr, mit welchem ihre Infanterie ausgerüstet war, der Vorrat an barem Gelde, über das sie dank einem Vorschusse der österreichischen Länderbank verfügten, gaben ihnen einen weiteren Vorsprung vor den Bulgaren, die nur durch den Kruppschen Hinterlader ihrer Artillerie jenen überlegen waren. Aber freilich führte die Unterschätzung des Gegners dahin, daß König Milan sie mit dem ersten Aufgebote seiner Armee, etwa 60 000 Mann, glaubte werfen zu können und deshalb viel zu schwach im Felde erschien.

Die  
nowitsch  
Eliwnitz  
Zaribrod  
tapfer  
Paß zu  
umgangs  
statt geg  
dem Fi  
15 000  
Tages  
nächst v  
meister  
das wa  
Bulgare  
verstärkt  
23 000,  
doch E  
Bulgare  
Flügel  
hielten.  
die Lage  
bische  
Fürst  
deren  
den Ob  
ständige  
deutend  
Richtung  
Die Se  
die Bul  
neuem  
Milan  
zur Fo  
an die  
da sein  
Wirklic  
die Ar  
jedoch,  
noch a  
türkisch  
da ein  
gefährd  
zwang  
zur R

Die Hauptmacht sollte unter dem Kommando des Generals Iwanowitsch von Nisch aus auf der Straße über Zaribrod, Dragoman und Sliwniza gegen Sofia vordringen. Am ersten Tage nahm sie nur Zaribrod, das von einer kleinen Abteilung Bulgaren fünf Stunden tapfer verteidigt war; den 15. November brauchte sie dazu den Dragomanpaß zu nehmen, der von 6000 Bulgaren besetzt war, aber gegen Abend umgangen wurde und geräumt werden mußte; am 16. aber hielt sie, statt gegen Sliwniza vorzugehen, einen Ruhetag und gewährte dadurch dem Fürsten Alexander die Zeit selbst dorthin zu eilen und etwa 15 000 Mann daselbst zu vereinigen. Entschlossen ergriff er anderen Tages mit diesen die Offensive und überraschte den Feind dadurch zunächst vollständig; zwar gelang es der serbischen Übermacht den Rittmeister Bendereff, der den Angriff leitete, wiederzurückzudrängen; aber das war nur ein vorübergehender Erfolg und am Abend hatten die Bulgaren etwa zwei Kilometer an Terrain gewonnen. Über Nacht verstärkt, standen sie am 18. dem Feinde fast gleich stark, 20 000 gegen 23 000, gegenüber; diesmal waren es die Serben, welche angriffen ohne doch Erfolge zu erzielen; vielmehr endete der Tag damit, daß die Bulgaren eine beherrschende Stellung des Feindes auf dessen linkem Flügel mit dem Bajonette erstürmten und so zweifellos den Sieg behielten. Dennoch drohte sich am dritten Schlachttage, dem 19. November, die Lage für die Bulgaren wieder sehr kritisch zu gestalten; da eine serbische Division auf ihrem linken Flügel von Trin her Sofia bedrohte. Fürst Alexander eilte selbst morgens nach der Hauptstadt zurück um deren Verteidigung zu leiten. Währenddessen führte Major Gudscheff den Oberbefehl und ihm gelang es gegen Abend den Feind zur vollständigen Räumung seiner Stellungen zu zwingen, obgleich derselbe bedeutende Verstärkungen erhalten hatte; denn jene Division hatte die Richtung auf Sofia aufgegeben und sich dem Schlachtfelde zugewandt. Die Serben zogen sich nun bis in den Dragomanpaß zurück und auch die Bulgaren bedurften zunächst der Ruhe; erst am 22. griffen sie von neuem an und warfen den Feind bis Zaribrod zurück. Dem Könige von Italien war durch die unerwartete Niederlage bei Sliwniza jede Lust zur Fortsetzung des Krieges geschwunden; er wandte sich telegraphisch an die Pforte und erklärte sich zur Einstellung der Feindseligkeiten bereit, da sein Zweck erreicht sei und die Bulgaren Dstrumelien geräumt hätten. Wirklich erging darauf von Konstantinopel an den Fürsten Alexander die Aufforderung einen Waffenstillstand zu schließen; dieser antwortete jedoch, daß die Waffenehre ihm dies nicht erlaube, solange die Serben noch auf bulgarischem Boden ständen; auch gegen die Entsendung eines türkischen Kommissars nach Dstrumelien legte er jetzt Verwahrung ein, da ein solcher Schritt unter den gegenwärtigen Umständen die Ordnung gefährden würde. Inzwischen rückte er weiter gegen Zaribrod vor, zwang am 23. November die Serben durch ein Gefecht vor dem Orte zur Räumung desselben, entriß ihnen anderen Tages die feste Stellung

auf dem Pregledische hinter Zaribrod und überschritt am 26. November die Grenze um zum Angriffe auf Pirot vorzugehen. Die Mitteilung des serbischen Oberkommandanten — es war dies jetzt General Topalowitsch —, daß die Großmächte den Waffenstillstand geböten und Serbien ihn zu beobachten bereit sei, ließ Alexander unbeachtet, da ihm direkte Meldungen von den großmächtlichen Vertretern in Sofia noch nicht zugegangen waren und er seinen Vorteil ausnutzen wollte; verfügte er jetzt doch vor Pirot über mehr als 60 000 Mann, während die Serben nur noch 35 000 zählten. Nach heißem Kampfe räumten diese abends in der Dunkelheit die Stadt; doch setzten sie sich hinter derselben wieder und leisteten anderen Tages noch bis nachmittags drei Uhr Widerstand, worauf sie den Rückzug nach Nisch antraten.

Der Waffen-  
stillstand.

An demselben Tage traf beim Fürsten Alexander in Pirot der österreichische Gesandte in Belgrad, Graf Schevenhüller, ein und überbrachte ihm die Kollektivnote der Großmächte, welche die Einstellung der Feindseligkeiten verlangte; zugleich fügte er namens seiner Regierung unverhüllte Drohungen hinzu, wenn die Bulgaren trotzdem weiter vorrückten. Unter diesen Umständen mußte der Fürst in den Waffenstillstand willigen. Über die Bedingungen desselben eine Verständigung zwischen den Kriegführenden herbeizuführen gelang jedoch nicht. Die Bulgaren beanspruchten Pirot und Umgegend auch weiterhin besetzt zu halten, gleichsam als Pfand für die Entschädigungsforderungen, die sie bei den Friedensverhandlungen zu stellen gedachten; die Serben sollten dagegen das bulgarische Gebiet zwischen dem Timok und Widdin, das ihr linker Flügel unter General Leschjanin besetzt hatte, räumen. Mehrere Wochen zogen sich die Unterhandlungen erfolglos hin, bis endlich eine internationale Militärkommission erschien und am 22. Dezember die Bedingungen diktierte: beide Teile mußten danach das feindliche Gebiet räumen, die Serben am 25., die Bulgaren am 27. Dezember; ein sechs Kilometer breiter Streifen längs der Grenze wurde für neutral erklärt; die Friedenskonferenzen sollten sofort beginnen und bis zum 1. März beendet werden. Dieser Termin wurde auch nahezu eingehalten: am 3. März 1886 wurde in Bukarest der Vertrag unterzeichnet, der nur aus dem einen Artikel bestand, welcher den Frieden für wiederhergestellt erklärte. Die Versuche auch andere Streitpunkte zwischen den beiden Nachbarstaaten in diesem Vertrage zu schlichten, mußten aufgegeben werden, weil keine Verständigung zu erzielen war.

Ostrumelien.

Die Pforte machte trotz der Verwahrung des Fürsten den Versuch durch die Entsendung Gadbans Effendis und eines zweiten Delegierten ihre Autorität in Ostrumelien wiederherzustellen. Allein als dieselben am 30. November in Philippopol eintrafen, überzeugten sie sich leicht davon, daß ihre Proklamationen wirkungslos verhallen würden. Sie gaben deshalb den Versuch auf, und die Pforte genehmigte die bulgarische Forderung von der Ausführung des Konferenzbeschlusses vom 25. November einstweilen Abstand zu nehmen. In direkten Verhandlungen

mit dem  
daß ein  
stattfinde  
Berwick  
Werke a

Die  
Jahre f  
Anläufe  
Europa  
berufen  
April 1  
Im Ein  
an dem  
Schwäg  
zehn an  
französi  
wurde  
ausgelie  
und den  
vollzoge  
Festung  
Mai 18

Gi  
deutsche  
und D  
überlass  
sprechen  
lung d  
gestalte  
narchen  
wurde,  
auch ä  
durch  
einzelne  
mit W  
kam, w  
folg be  
Ende  
land in  
mit der  
den da  
der Fi  
Hebung  
regeln  
bestehen

mit dem Fürsten wurde dann eine Verständigung in dem Sinne erzielt, daß eine Art von Personalunion zwischen Ostrumelien und Bulgarien stattfinden solle. Doch fallen diese Vereinbarungen und die weiteren Verwickelungen in Bulgarien jenseit des Zeitpunktes, welcher diesem Werke als Grenze gesteckt ist.

Die Türkei lieferte in dieser Krisis den Beweis, daß die letzten Jahre sie in keiner Weise gekräftigt hatten. In der That waren alle Anläufe zu energischen Reformen erlahmt. Vielfach hatte man in Europa den Glauben genährt, daß Midhat Pascha doch noch einmal berufen sein werde die Leitung des Staates zu übernehmen; allein im April 1881 war über ihn eine schwere Katastrophe hereingebrochen. Im Einklang mit dem Gerüchte, das ihm längst schon die Urheberschaft an dem Tode des Sultans Abdul Aziz beimaß, wurde er mit den beiden Schwägern Abdul Hamids, Mahmud Damat und Nuri Pascha, und zehn anderen Personen des Mordes angeklagt; er flüchtete sich in das französische Konsulat in Smyrna, wo er damals Gouverneur war, wurde jedoch nach einem Beschlusse der Botschafter in Konstantinopel ausgeliefert und am 28. Juni mit den beiden Schwägern des Sultans und den meisten anderen Angeklagten als schuldig zum Tode verurteilt; vollzogen wurde dies Erkenntnis freilich nicht, sondern in lebenslängliche Festungshaft in Taif bei Mekka umgewandelt, wo Midhat Pascha im Mai 1884 starb.

Einige Hoffnungen konnte es erwecken, daß der Sultan sich an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen ihm mehrere höhere Civilbeamte und Offiziere zur Reorganisation der Verwaltung und der Armee zu überlassen gewandt hatte. Diesem Wunsche war von Berlin aus entsprochen worden und naturgemäß hatte sich insolgedessen auch die Stellung des deutschen Botschafters in Konstantinopel weit einflußreicher gestaltet. Der Austausch der höchsten Orden zwischen den beiden Monarchen, der durch pomphaste außerordentliche Gesandtschaften vermittelt wurde, brachte dies intimere Verhältnis Ende 1881 und Anfang 1882 auch äußerlich zur Erscheinung. Unverkennbar gewann die Türkei dadurch wenigstens vorübergehend wieder in der öffentlichen Meinung und einzelne Erfolge konnten dies günstigere Urtheil rechtfertigen. Daß man mit Montenegro und Griechenland zu einem abschließenden Vertrage kam, war ja gewiß ein Fortschritt; nicht minder durfte es als Erfolg bezeichnet werden, daß die europäischen Gläubiger der Pforte sich Ende 1881 durch ein Abkommen beschwichtigen ließen und daß Rußland im Mai 1882 die Zahlung der Kriegskosten in einer Weise regelte, mit der die Türkei wohl zufrieden sein durfte. Ende des Jahres wurden dann wieder einmal Kommissionen eingesetzt, welche Reformen in der Finanzverwaltung und der Justiz, sowie öffentliche Bauten zur Hebung des Verkehrs vorschlagen sollten. Einige bedeutame Maßregeln wurden denn auch durchgeführt, so die allmähliche Kündigung der bestehenden Handelsverträge, durch die man die Möglichkeit einer Tarif-

Die Türkei.

Midhat Pascha.

Beziehungen zu Deutschland.

Finanzfragen.

Reformen.



erhöhung erzielen wollte, und die Verpachtung des Tabaksmonopols; aber merkliche Folgen für eine Besserung der Finanzlage waren nicht wahrzunehmen. Auf der anderen Seite zeigte sich die Ohnmacht der Pforte an allen Ecken und Enden. Wie ihre Souveränität in Agypten und Tunis von England und Frankreich völlig mißachtet und beiseite geschoben wurde, wird in anderem Zusammenhange erzählt werden; ein Versuch das Postwesen ganz in ihre Hand zu nehmen und die Aufhebung der europäischen Postämter in der Türkei zu erreichen, stieß auf den einmütigen Widerspruch der Großmächte; ebenso unglücklich verlief auch der Plan den griechischen Patriarchen in seiner Jurisdiktion und seinen sonstigen Privilegien zu beschränken. Wenn es galt Entschlüsse von bedeutender Tragweite zu fassen, wie in der bulgarisch-serbischen Frage, war es lediglich der Druck der Großmächte, welcher die Haltung der Pforte entschied. Jede Spur eigener Lebenskraft schien ihr entschwunden zu sein und die Persönlichkeiten der Minister, welche jeweils im Räte des Sultans saßen, hatten vollständig aufgehört das europäische Publikum zu interessieren. Der Zerfallsprozeß nahm seinen stetigen Fortgang, und das einzig Erfreuliche in den Zuständen der Balkanhalbinsel war das innere Erstarren der Nationalitäten, die sich ihre Selbstständigkeit errungen hatten. Denn wie unfertig die Zustände in Bulgarien, Rumänien, Serbien, Montenegro und Griechenland auch sein mögen, so zeigen sich doch überall Ansätze zum Fortschritt; ganz besonders aber eröffnet es bessere Aussichten für die Zukunft, daß abgesehen von Montenegro alle diese Staaten in entschiedener Weise den russischen Einfluß abgeschüttelt und den moskowitzischen Traum, als ob die Balkanhalbinsel dereinst den Geboten des Zaren gehorchen werde, unanft gestört haben. Mit Befriedigung darf Europa sich sagen, daß der russische Hochmut die Früchte des Dankes, auf welchen die russischen Waffen gerechten Anspruch hatten, selbst zerstört hat, und daß Bukarest und Belgrad, Sofia und Athen, wie die Dinge heute liegen, nicht Etappen für den Vormarsch nach Konstantinopel, sondern Hemmnisse auf diesem Wege zu sein versprechen.

Rußlands  
Stellung.

### Rußland und Centralasien seit dem Berliner Kongreß.

Der Nihilis-  
mus.

Entsprach somit das Ergebnis des türkischen Krieges in bezug auf Rußlands Stellung nach außen keineswegs den Hoffnungen, mit welchen er begonnen war, so ließ sich auch keine beruhigende Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse wahrnehmen: im Gegenteil trat, so wie der Friede in sicherer Aussicht stand, der Nihilismus wieder in erschreckender Weise in den Vordergrund. Ein geheimes Komitee, dessen leitender Kopf Tscheljaboff war, wußte sich mit einem undurchdringlichen Schleier zu umgeben und dabei doch die Fäden fest in der Hand zu behalten. Selbst in den Ministerien hatte er seine Helfershelfer, so daß ihm beiseite ein höherer Beamter des Auswärtigen Amtes die gesamte

Korrespon-  
Aufmann  
nicht an  
Jahre 18  
schente  
wodurch  
beutete;  
der Bank  
Sch  
sehen un  
Sassulit  
Trepoff,  
Chefs de  
diese Frei  
kreifen n  
litisch ga  
Wenn in  
vor die K  
fehr ähnl  
das herr  
Luft mach  
Vordergr  
zember in  
Ser  
1879; in  
verräteri  
Beamte, d  
darmerice  
Drentelen  
es nicht  
auch an  
leitenden  
führung.  
1879 für  
natürlich  
und Unte  
welche an  
Kiew, C  
gedehnten  
Verschwö  
wenigen  
die Mitte  
selbe Zei  
das Mi  
wenn er  
Bulle.